

Internationale Arbeitskonferenz, 105. Tagung, 2016

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Internationales Arbeitsamt, Genf

ISBN 978-92-2-729705-9 (print)
ISBN 978-92-2-729706-6 (web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2016

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen und digitale Produkte des IAA können bei größeren Buchhandlungen und über digitale Vertriebsplattformen bezogen oder direkt bei ilo@turpin-distribution.com bestellt werden. Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website: www.ilo.org/publns oder kontaktieren Sie ilopubs@ilo.org.

Vorwort

Entsprechend dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich in diesem Jahr erneut eine Mission entsandt, um einen Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete auszuarbeiten. Die Mission besuchte das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und Gaza, Israel und den besetzten syrischen Golan. In Genf traf sie mit dem Generaldirektor der Arabischen Arbeitsorganisation zusammen. Sie erhielt schriftliche Informationen von den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der Arabischen Republik Syrien.

Die Mission führte ausführliche Gespräche mit Vertretern der Palästinensischen Behörde, der Regierung Israels, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Palästina und Israel, syrischen Einwohnern im besetzten syrischen Golan und Vertretern der Vereinten Nationen sowie anderer internationaler und nichtstaatlicher Organisationen. Sie alle lieferten Informationen, die in die Ausarbeitung dieses Berichts eingeflossen sind. Die Mission unternahm auch eine Reihe von Besuchen vor Ort.

Ich bin dankbar für die der Mission von allen Gesprächspartnern gewährte Kooperation, die erneut die breite Unterstützung der Werte der Internationalen Arbeitsorganisation und ihrer kontinuierlichen Arbeit mit allen ihren Mitgliedsgruppen bekräftigt. Die Mission hat ihre Tätigkeit wie immer mit dem Ziel durchgeführt, eine umfassende, genaue und unparteiische Beurteilung der Situation der Arbeitnehmer in den besetzten Gebieten vorzunehmen.

Die Lage dieser Arbeitnehmer bleibt prekär. Die Besatzung, deren sechstes Jahrzehnt 2017 beginnen wird, ist im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, allgegenwärtig, und Gaza bleibt abgeschnitten. Im Westjordanland wird die Lage seit Oktober 2015 durch zunehmende Spannungen, Gewalt und Verluste von Menschenleben – sowohl von Palästinensern als auch von Israelis – beherrscht. Das palästinensische Wachstum war schwach, und Arbeitslosigkeit und Armut sind allgegenwärtig. Die Unterstützung der Geber hat nachgelassen. Bei den Verhandlungen zur Überwindung der palästinensischen Spaltung wurden noch keine greifbaren Ergebnisse erzielt. Der Wiederaufbau von Gaza nach dem zerstörerischen Krieg von 2014 schreitet nur langsam voran. Die internationalen Bemühungen mit dem Ziel, den Parteien zu helfen, die sich vertiefende Krise zu lösen, waren bestenfalls verhalten. Während des letzten Jahres waren Direktkontakte zwischen der Palästinensischen Behörde und Israel auf die Koordinierung der Sicherheit und finanzielle Angelegenheiten beschränkt, die beide für die Bewältigung des Alltags unentbehrlich sind, aber nicht ausreichen, um eine Dynamik für Verbesserungen entstehen zu lassen.

In Gaza konzentrieren sich die Anstrengungen auf den enormen Bedarf im Kontext des Wiederaufbaus. Zwischen dem Wiederaufbau und der wirtschaftlichen Erholung liegt jedoch noch ein weiter Weg. Ganz dringend benötigt Gaza Produktionsgrundlagen, um der weltweit höchsten Arbeitslosenquote entgegenzuwirken. Im Westjordanland kann sich die Wirtschaft aufgrund der Vielzahl von Hindernissen nicht entfalten, die

unmittelbar durch die Besetzung verursacht werden. In Ostjerusalem kann es erst wieder dauerhaften Wohlstand geben, wenn die Konfrontationen und Beschränkungen enden.

Weil der palästinensische öffentliche Sektor die Grenzen seines Beschäftigungspotenzials erreicht hat, ruhen viele Hoffnungen auf Ressourcen und Investitionen aus dem Ausland sowie auf der Entwicklung der Privatwirtschaft. Für jegliche Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten sind jedoch Genehmigungen der israelischen Militärbehörden erforderlich. Sie würde auch die Aufhebung der Beschränkungen für die Nutzung von Land und Ressourcen im Gebiet C – wie es im Abkommen von Oslo bezeichnet wurde – voraussetzen, das als das Hauptgebiet und die Ressourcenbasis eines palästinensischen Staates vorgesehen war. Derzeit kann nur ein Teil dieses Gebiets von Palästinensern genutzt werden. Weitere Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Wiederbelebung sind der freie Personen- und Güterverkehr innerhalb der palästinensischen Gebiete sowie der Zugang zur und aus der Außenwelt. So gut wie alle Maßnahmen, die die Palästinensische Behörde eigenständig ergreifen kann, um ein besseres Investitionsklima und die Beschäftigung zu fördern, werden durch die Realitäten der Besetzung stark beschränkt.

Die Besetzung hat zu fast vollständiger Abhängigkeit geführt und wirkt sich auf die Wasserversorgung, Land, Ressourcen und Transportwege für den Handel sowie Arbeitsplätze, Rechte und Einkommen aus. Die Hälfte der palästinensischen landwirtschaftlichen Nutzfläche ist für Bauern nicht frei und regelmäßig zugänglich. Die Hälfte der Fischer von Gaza ist nach wie vor arbeitslos. In Israel und den Siedlungen nehmen jedoch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Palästinenser zu, entweder durch mehr Genehmigungen oder in Grauzonen, in denen Arbeitnehmer ungeschützt oder anfällig für Ausbeutung durch Vermittler sind.

Der Friedensprozess ist zum Stillstand gekommen, während die Besetzung weitergeht. Strategische Punkte im Westjordanland werden von den Siedlern und israelischem Militär kontrolliert. Im Westjordanland besteht die Gefahr des Abrutschens in Gewalt, Vergeltung und Extremismus ohne rationalen Diskurs und Kooperation. Durch entschlossenes Handeln und klare Beachtung der Regeln für die Zusammenarbeit kann dem derzeitigen Ausmaß der Gewalt noch entgegengewirkt werden. Wenn allerdings Ablehnung und Hass die Einstellungen und das Handeln ganzer Gemeinschaften beherrschen und Generationen infizieren, die im Schatten des Konflikts geboren werden und aufwachsen, wird es zunehmend schwieriger werden, die Abwärtsspirale aufzuhalten. Schon sehr lange stehen die Darstellungen der Palästinenser und Israelis von Gestern, Heute und Morgen in krassem Gegensatz zueinander.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten plädiert die internationale Gemeinschaft für eine Zwei-Staaten-Lösung. Eine solche Lösung ist jedoch in weitere Ferne gerückt und läuft Gefahr, von den Ereignissen überholt zu werden. Unabhängig davon schreiten die palästinensischen Bemühungen um die Staatenbildung voran. Eine Errungenschaft aus jüngster Zeit ist das Gesetz über soziale Sicherheit. Die dreigliedrige Zusammenarbeit wird fortgeführt. Die für einen souveränen Staat notwendigen Institutionen werden nach und nach geschaffen. Der diesbezügliche Verhandlungsprozess stockt jedoch seit mehr als einem Jahr.

Mein letztjähriger Bericht enthielt die Feststellung, dass offensichtlich war, dass aus verschiedenen internen Gründen die unmittelbar beteiligten Parteien nicht fähig sein würden, selbst einen Ausweg auf dem Verhandlungsweg zu finden. Diese Feststellung gilt heute umso mehr. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft aktiv werden, um die Parameter für eine gerechte und faire Lösung zu schaffen. Von anderen Krisen überwältigt, hat sie diese Erwartungen bislang nicht erfüllt.

Die Pläne für das jetzt notwendige Vorgehen aller Beteiligten wurden noch nicht ausgearbeitet. Der aktuelle Weg birgt viele Gefahren. Um den anhaltenden großen Ungleichheiten in Bezug auf Wirtschaftsleistung, Beschäftigung und Einkommen sowie Bewegungsfreiheit und unternehmerischer Freiheit zwischen zwei Völkern in derselben Region entgegenzuwirken, müssen die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit angewendet werden.

Mai 2016

Guy Ryder
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Reisen über Fahrpläne hinaus	3
2. Das gehemmte Wachstum und die verfestigte Besatzung stehen für düstere Arbeitsmarktaussichten.....	8
3. Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der anhaltenden Besatzung: Ein Realitätscheck.....	21
4. Der lange Weg zum Ziel: Stärkung der Arbeitsmarktsteuerung und der Institutionen	28
5. Wenige Alternativen im besetzten syrischen Golan	35
Abschließende Bemerkungen.....	37
Quellennachweis	39
Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner	43

Einleitung

1. Im Einklang mit der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut eine Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen. Wie in den vergangenen Jahren bemühte sich die Mission darum, Informationen über die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalem, und Gazas) und des besetzten syrischen Golan zusammenzutragen und zu bewerten.¹
2. Die Vertreter des Generaldirektors lieÙen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Sie orientierten sich gleichermaßen an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen EntschlieÙungen sowie an den in den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen enthaltenen und von den Aufsichtsgremien der IAO zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Mission als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, lieÙen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des humanitären Völkerrechts und internationalen Menschenrechtsnormen leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten). Die Mission orientierte sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, insbesondere an den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008) und 1860 (2009) des Sicherheitsrats. Sie berücksichtigte auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (IGH, 2004).

¹ Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, heute kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der Regierung Israels.“ Es wird daran erinnert, dass der Golan von Israel 1981 einseitig annektiert wurde und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 497 (1981) Israel auffordert, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

4. Der Generaldirektor betraute Kari Tapiola als seinen Sonderbeauftragten, Frank Hagemann, Stellvertretender Regionaldirektor des IAO-Regionalbüros für die arabischen Staaten, Tariq Haq, Sachverständiger für Beschäftigungspolitik in der Hauptabteilung Beschäftigungspolitik, und Katerine Landuyt, Sachverständige für Rechtsnormen in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen, mit der Mission, die vom 2. bis 10. April 2016 stattfand. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO in Jerusalem, sowie Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten die Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglieder angehörten.
5. Die Vertreter des Generaldirektors führten auch Gespräche mit der Arabischen Arbeitsorganisation, die am 14. März 2016 in Genf stattfanden, und nahmen ihren schriftlichen Bericht zur Kenntnis, der in der Folgezeit einging. Wie jedes Jahr seit 2012 war es wegen der Sicherheitsrestriktionen der Vereinten Nationen nicht möglich, die Arabische Republik Syrien zu besuchen, um dort mit der Regierung Syriens sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Gespräche zu führen. Die Mission erhielt einen schriftlichen Bericht von den syrischen dreigliedrigen Mitgliedsgruppen.
6. Im Verlauf der Mission führten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Gespräche mit Gesprächspartnern auf israelischer und palästinensischer Seite sowie vom besetzten syrischen Golan.² Sie trafen Vertreter von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der israelischen Regierung, palästinensischen und israelischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Sprecher örtlicher Gemeinschaften. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen.
7. Der Generaldirektor ist erneut allen beteiligten Parteien dankbar, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, zählen konnten. Die der Mission übermittelten schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen.
8. Dieser Bericht berücksichtigt uneingeschränkt die von der Mission vor Ort erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen sowie öffentlich zugängliche Daten, Studien und Berichte. Die der Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern übermittelten mündlichen Informationen wurden gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Mitgliedern der Mission einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Reisen über Fahrpläne hinaus

9. Im Oktober 2015 entlud sich die Spannung vor Ort im Westjordanland in einer endlosen Abfolge immer neuer Zusammenstöße – viele davon mit tödlichem Ausgang – zwischen Palästinensern und israelischen Siedlern sowie dem Militär. Die Situation bleibt volatil. Im Westjordanland werden 2016 mehr als eine Million Menschen humanitäre Hilfe in irgendeiner Form benötigen. In Gaza beläuft sich ihre Zahl auf 1,3 Millionen – mehr als zwei Drittel der 1,9 Millionen Einwohner des Gebiets.

10. Was auch immer es an Friedensprozess gab, scheint seit mehr als einem Jahr erschöpft. Die einzigen bilateralen Kontakte zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde, die Bestand hatten, waren solche zur Koordinierung in Sicherheitsfragen und diejenigen zwischen den jeweiligen Finanzministerien. Dennoch herrscht im Westjordanland kein Stillstand: Die Situation wird von Fakten bestimmt, die durch die Besatzung, Trennung und wirtschaftliche Abhängigkeit sowie zunehmende Spannungen, Gewalt und Furcht verursacht werden.

11. Generationen von Palästinensern und Israelis wurden in diesem Kontext geboren, wuchsen darin auf und wurden davon geprägt. Viele Personen handeln aus ideologischen oder religiösen Motiven oder aus schierer Verzweiflung. Immer mehr werden durch etablierte Führer und Institutionen nicht mehr kontrolliert und bestreiten deren Legitimation. Weil es sich bei denjenigen, die gewaltsame Handlungen begehen oder Opfer von solchen sind, um junge Menschen und Kinder sowie auch Frauen handelt, klingeln die Alarmglocken.

12. Die Besatzung wurde weiter ausgedehnt, und es könnte sein, dass Ostjerusalem bald vom Rest des Westjordanlands abgeschnitten ist. Arbeitslosigkeit, Armut, fehlende Kontrolle über natürliche Ressourcen und die Wirtschaft sowie prekäre Finanzen bedeuten, dass die palästinensische Wirtschaft weiterhin Gefahr läuft, gelähmt zu werden. Im Westjordanland ist die Arbeitslosigkeit hoch und in Gaza ist sie auf dem weltweiten Höchststand. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um die Beschäftigung anzuschieben. 2015 entfielen 23 Prozent der Beschäftigung auf den öffentlichen Sektor, der kaum weitere Möglichkeiten bieten kann. Enorme Hindernisse stehen der Förderung eines günstigen Investitionsklimas für die Privatwirtschaft im Weg. Der größte Teil des Territoriums, das als Gebiet C ausgewiesen ist und das Rückgrat eines souveränen palästinensischen Staates bilden sollte, bleibt außerhalb der Kontrolle der Palästinenser. Die Maßnahmen, die die Palästinensische Behörde ergreifen könnte, um wirtschaftliche Unabhängigkeit, Infrastrukturentwicklung, Handelserleichterung Finanzregelung und die Allokation akkumulierter Reserven im Bankensystem zu fördern, werden allesamt durch die Realitäten von Besatzung und Trennung beschränkt.

13. Die Fragmentierung der palästinensischen Wirtschaft hielt an. 2015 ging die Unterstützung durch die Geber um etwa 30 Prozent zurück. Die resultierende Finanzlücke belief sich auf 650 Millionen US-Dollar. Unternehmerische Aktivitäten sind in vielfacher Weise beschränkt, sowohl administrativ als auch physisch. Der Hauptgrund hierfür ist, dass die Palästinenser keinen Zugang zum größten Teil von Gebiet C haben. Dies resultiert dies in einem Verlust von 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was die Gesamthilfe durch die Geber übersteigt.

Eskalation der Gewalt im Westjordanland

14. Im vierten Quartal 2015 und in den ersten Monaten des Jahres 2016 kam es zu einem drastischen Anstieg der Zahl tödlicher Zwischenfälle im Westjordanland. In Ostjerusalem hat der Konflikt eine bislang beispiellose Intensität erreicht. Spannungen und Furcht kennzeichneten den Alltag, insbesondere in Ostjerusalem, Hebron und Nablus. Hinter den Aktionen steht keine Führung; sie sind spontan, und immer mehr Jungen und Mädchen beteiligen sich daran. Die Gesamtzahlen an Toten und Verletzten als Folgen dieser neuen Spannung sind hoch. Die Gewalt wird durch einen Anstieg der Zahl der Zerstörungen von Wohnungen und anderer Gebäude von Familienangehörigen von Palästinensern verschärft, die mit den gewaltsamen Aktivitäten in Zusammenhang gebracht werden. Ende des ersten Quartals 2016 hatten die Zerstörungen bereits das gleiche Ausmaß wie im gesamten Jahr 2015 erreicht. Es wurden auch Gebäude zerstört, die mit der Unterstützung internationaler Geber und insbesondere der Europäischen Union errichtet wurden. Insgesamt wurden 2015 521 Bauwerke zerstört, von denen 108 durch Geber finanziert worden waren.

15. Die Zahl der Kontrollposten und Straßensperren im Westjordanland ist seit Oktober 2015 gestiegen, und die Präsenz israelischer Sicherheitskräfte ist umfassender und augenfälliger geworden. Durch Beschlagnahmen von Flächen im Gebiet C und in Jerusalem wurde die Besatzung zusätzlich ausgeweitet. In besonders starkem Maß wurde Land in Hebron, Jericho, Ramallah, Bethlehem, Ostjerusalem und Nablus eingezogen. Von der Entwurzelung von Olivenbäumen waren Bauern in Hebron und Ramallah am stärksten betroffen, während die meisten Zerstörungen von Häusern und anderen Bauten in den Gouvernements Tubas und Jerusalem erfolgten. Die Zahl der Baugenehmigungen für palästinensische Einwohner von Ostjerusalem beträgt weniger als die Hälfte derjenigen, die Israelis erteilt werden, und die Lebensbedingungen in den palästinensischen Vierteln verschlechtern sich.

Gefahren der Ausbeutung in der israelischen Wirtschaft

16. Die Zahl der in der israelischen Wirtschaft arbeitenden Palästinenser ist weiter gestiegen und liegt jetzt bei mehr als 110.000. Im Durchschnitt unterstützt jeder Palästinenser mit Einkommen in Israel sechs bis sieben andere im Westjordanland. Das israelische Militär weist darauf hin, dass die Genehmigungspolitik ständig überprüft wird und dabei die wirtschaftliche Lage der Palästinenser und die Notwendigkeit, Spannungen abzubauen, berücksichtigt werden.

17. Nahezu 30.000 Palästinenser arbeiten in den Siedlungen im Westjordanland, und die Zahlen steigen mit der Ausweitung der Siedlungen. In den Siedlungen zu arbeiten, betrachten viele mangels Alternativen als eine Notwendigkeit. Die relativ höheren Löhne können jedoch durch Gebühren, die von unterschiedlichen Arten von Vermittlern erhoben werden, stark dezimiert werden. Der Mission wurde berichtet, dass ein Vermittler, der einen Arbeitnehmer in eine Siedlung vermittelt, 40 neue israelische Schekel (NIS) pro Tag fordert und der israelische Vermittler weitere 50, sodass dem Arbeitnehmer von einem Tageslohn von 150 NIS lediglich 60 NIS verbleiben. Alle Seiten erkennen an, dass hier ein drängendes Ausbeutungsproblem vorliegt, dem entgegengewirkt werden muss. Es ist auch besonders komplex, weil es die Frage betrifft, wie die Bedingungen an Arbeitsplätzen geregelt werden sollen, die im übergeordneten Kontext (der Besatzung), die es eigentlich nicht geben sollte, im Prinzip nicht existieren sollten (weil es sich um Arbeitsplätze in Siedlungen handelt).

18. Eine Verbesserung für palästinensische Arbeitnehmer mit Arbeitsgenehmigungen für Israel ist der kürzlich angenommene Gesamtarbeitsvertrag im Baugewerbe. Im Rahmen dieser Vereinbarung wurde ein Beschwerdeausschuss gebildet, in dem nicht nur der israelische Gewerkschaftsbund Histadrut, sondern auch der Palästinensische Allgemeine Gewerkschaftsbund (PGFTU) vertreten sind. Sowohl der Histadrut als auch der Israelische Unternehmerverband (MAI) äußerten gegenüber der Mission ihre positiven Erwartungen an die verbesserten Verfahren. Das Mandat des Beschwerdeausschusses ist die Bearbeitung aller Fälle mit dem Ziel, eine rasche Lösung zu finden, die langwierige Gerichtsverfahren vermeidet. Die Ausweitung des Gesamtarbeitsvertrags auf das ganze Baugewerbe bedeutet, dass er die Mehrzahl der Palästinenser in der israelischen Wirtschaft abdeckt. Er sollte Arbeitnehmern auch helfen, zu vermeiden, von denjenigen ausgebeutet zu werden, die juristische Dienstleistungen anbieten, die sich als sehr teuer erweisen.

19. Die Mission besuchte den Grenzübergang Qalqilya im Westjordanland, wo der PGFTU über ein Büro verfügt. Gut sichtbare Transparente informieren Arbeitnehmer über ihre Rechte nach dem israelischen Arbeitsrecht. Weitere Materialien zur Bewusstseinsbildung sind geplant. Unabhängig davon besteht für Personen mit Arbeitsgenehmigungen die alltägliche Realität sehr langer Fahrtzeiten zur und von der Arbeit und sehr langer Wartezeiten an den Grenzübergängen fort. Nur 16.000 palästinensische Arbeitnehmer verfügen über Übernachtungsgenehmigungen, wenngleich sich diese Zahl in drei Jahren mehr als verdoppelt hat.

Gaza nach der Verwüstung

20. Die Widersprüche von Besatzung und Abriegelung sind besonders offensichtlich in Gaza, das sich langsam aus der Zerstörung des jüngsten Kriegs im Jahr 2014 herausarbeitet. Die Arbeitslosenquote in Gaza beträgt mehr als 40 Prozent und erreicht 60 Prozent für Frauen und 75 Prozent für Hochschulabsolventen ohne Berufserfahrung. Die Demografie von Gaza bedeutet, dass jedes Jahr sieben Schulen für jeweils 1.000 Kinder gebaut werden müssten. In Gaza in Bildung und insbesondere in die Bildung von Frauen zu investieren, ist jedoch frustrierend, weil die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eine geeignete Stelle findet, desto geringer ist, je höher ihr Bildungsstand ist. Der Mission wurde berichtet, dass kürzlich 120 Bewerbungen von Sekundarschulabsolventen und qualifizierten Arbeitnehmern für eine freie Stelle als Hausmeister eingingen. Vor zwölf Jahren waren 80.000 Personen von Nahrungsmittelhilfe durch das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) abhängig. Derzeit sind 900.000 Menschen – fast die Hälfte aller Einwohner von Gaza – auf das UNRWA angewiesen, das trotz nachlassender Geberunterstützung seinen Kernaufgaben weiter nachkommen konnte.

21. Achtzehn Monate nach den substanziellen Zusagen auf der Geberkonferenz in Kairo³ hat der Wiederaufbaumechanismus für Gaza langsam begonnen zu funktionieren. Mehr als 700 Familien haben Unterstützung und Materialien für den Wiederaufbau ihrer Häuser erhalten. Die Lieferung von Zement in großem Umfang ist jedoch beschränkt, weil Israel befürchtet, dass er zu anderen Zwecken als dem Wiederaufbau verwendet werden könnte. Materialien und Verbrauchsgüter werden über den Grenzübergang Kerem Shalom im Süden geliefert. In den Supermärkten werden sie jedoch zu Preisen angeboten, die sich die meisten Einwohner von Gaza nicht leisten können. Unmittelbar

³ Internationale Konferenz für Palästina in Kairo: Wiederaufbau von Gaza, Kairo, 12. Oktober 2014.

vor dem Besuch der Mission erweiterte Israel einen Teil der Fischereizone von sechs auf neun Seemeilen. Derzeit ist die Hälfte der Fischer von Gaza ohne Arbeit.

22. Im Hafen von Gaza scharten sich am Ende eines sonnigen Tages Mädchen nach der Schule um die Mitglieder der Mission, um Selfies aufzunehmen. Die Stimmung war gelöster als überall im Westjordanland, fraglos weil die Besatzung hier nicht physisch spürbar ist. Wirtschaftliche Indikatoren weisen in Gaza langsam nach oben, wenngleich dies vor dem Hintergrund der Zerstörungen des Krieges von 2014 gesehen werden muss. Die Betriebskosten werden durch den Umstand hochgetrieben, dass im Allgemeinen drei Fünftel eines Arbeitstages durch Stromausfälle verlorengehen. Die Widerstandskraft der Menschen in Gaza ist bemerkenswert, aber nicht unbegrenzt. Die Furcht vor einem neuerlichen bewaffneten Konflikt besteht fort – und ebenso die Befürchtung, dass die über das UNRWA geleitete internationale Unterstützung nachlassen könnte. Nur wenige Kilometer in jede Richtung erinnert die Blockade daran, dass die Einwohner von Gaza derzeit wenige Optionen haben. Die Vereinten Nationen befürchten, dass ohne eine Kehrtwende Gaza bis 2020 unbewohnbar werden könnte (UNRWA, 2012).

23. In Gaza werden keine Arbeitsgenehmigungen für Israel ausgestellt, obwohl offensichtlich eine gewisse Zahl von Arbeitnehmern Genehmigungen für geschäftliche Zwecke nutzen kann. Geschäftliche Genehmigungen können jedoch auch an den Grenzübergängen widerrufen werden. Für die Arbeitgebervertreter von Gaza bleibt das größte Hindernis für die unternehmerische und wirtschaftliche Entwicklung die fehlende Möglichkeit des Grenzübertritts für die Ein- und Ausfuhr von Gütern und Materialien. Im letzten Jahr besuchte die Mission den Arbeitsminister in seinem Büro in Gaza, weil ihm noch nicht gestattet war, sich frei zu bewegen und an Kabinettsitzungen in Ramallah teilzunehmen. Vor zwei Monaten erhielt er die Genehmigung, regelmäßig ins Westjordanland zu reisen, und in diesem Jahr kam die Mission mit ihm in Ramallah zusammen.

Versöhnung nicht in Sicht

24. Die Uneinigkeit unter den Palästinensern, die sich in der Situation in Gaza manifestiert, bleibt ein dauerhaftes und heikles Problem. Beide Seiten haben sich im Prinzip auf die Bildung einer neuen nationalen Einheitsregierung und die anschließende Durchführung von Wahlen verständigt, aber Divergenzen in Bezug auf die politische Plattform der Palästinensischen Befreiungsorganisation und die Frage, wie mit dem von den De-facto-Behörden in Gaza eingestellten Personal des öffentlichen Dienstes verfahren werden soll, bleiben ungelöst. Für Verhandlungen über die Einheit bestehen zwei Hauptprobleme fort. Erstens ist die Einheit notwendig, um die Glaubwürdigkeit der palästinensischen Bemühungen sicherzustellen und ihren Zusammenhalt herbeizuführen, und die fehlende Einheit ist einer der entscheidenden Faktoren, die den Belagerungszustand von Gaza verlängern. Zweitens wird eine repräsentative palästinensische Einheitsregierung auch fähig sein müssen, mit ihren unmittelbaren Partnern einschließlich Israels zu verhandeln.

Der Ausblick auf die Zukunft

25. Der Aufbau palästinensischer Institutionen wird durch politische Instabilität, den zum Stillstand gekommenen Friedensprozess, erhöhte Spannungen im Westjordanland und die anhaltende Blockade von Gaza gravierend beschränkt. Die Staatenbildung wird auch durch die tief verwurzelte politische und institutionelle Spaltung zwischen dem Westjordanland und Gaza, eine drohende Finanzkrise aufgrund fiskalischer Volatilität und finanzieller Einbußen, unsichere Aussichten auf Beschäftigungsmöglichkeiten und

Einkommen für palästinensische Jugendliche und das allgemeine Fehlen von Perspektiven für eine bessere Zukunft erschwert.

26. Nach fast einem Vierteljahrhundert des Friedensprozesses gibt es den versprochenen souveränen Staat noch immer nicht. Der Grund und Boden, auf dem er existieren sollte, wird zunehmend von Siedlern übernommen und kontrolliert oder durch die Besatzung blockiert. Unter den Palästinensern herrscht der Eindruck vor, dass die Gespräche während der letzten zwei Jahrzehnte im Wesentlichen Israel zugutegekommen sind. In der aktuellen von Gewalt geprägten und volatilen Situation wird jegliches eventuell vorhandenes Gefühl, dass diesem Trend dringend entgegengewirkt werden muss, von anderen Katastrophen überlagert, insbesondere der Krise in Syrien und ihren Auswirkungen auf die Region.

27. Die Sichtweise von innen ist, dass Palästina nicht warten kann und dass eine Endloskette von Übergangslösungen nur Zeit auf dem Weg zu einer unbekanntem Lösung kauft. Weil es unwahrscheinlich ist, dass diese Lösung durch bilaterale Gespräche erreicht werden kann, bevorzugen die Palästinenser einen multilateralen Rahmen mit klarer Aufgabenfestlegung und einen Fahrplan für die Lösung konkreter Probleme. Das israelische Interesse an einem Rahmen dieser Art oder irgendeiner Form von internationalem Engagement scheint jedoch gering zu sein.

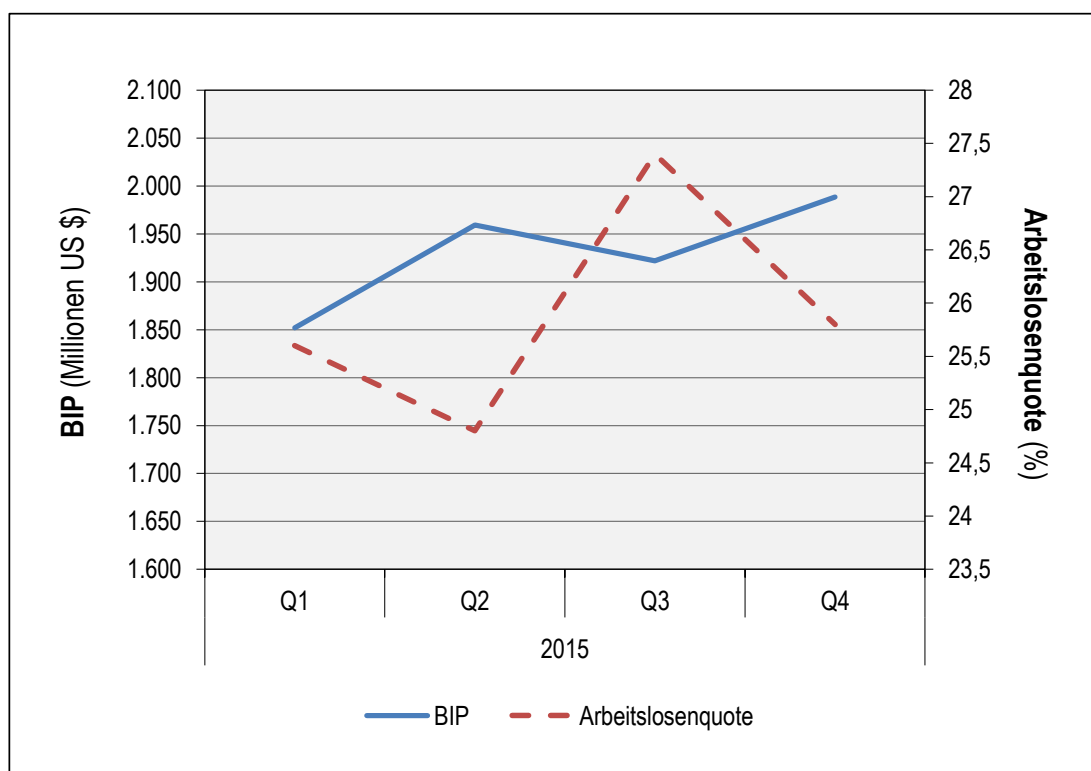
28. Die Errungenschaften des Prozesses der Staatenbildung bleiben bedroht. Dennoch werden die Bemühungen fortgesetzt, wie das neu angenommene Gesetz über soziale Sicherheit zeigt, das weiter lebhaft diskutiert wird. Der Bedarf an Ressourcen für den sozialen Schutz und die Sicherheit von Arbeitnehmern und ihren Familien hat die Aufmerksamkeit der Palästinenser auf die Vereinbarung im Pariser Protokoll von 1994 gelenkt, laut der die von Israel zurückgehaltenen Sozialleistungen palästinensischer Arbeitnehmer an eine zuständige palästinensische Institution übertragen werden sollten. Für die Beträge wurden unterschiedliche Zahlen genannt, die von Hunderten Millionen bis zu Milliarden US-Dollar reichen. Mehr Klarheit wird benötigt werden, um sicherzustellen, dass palästinensische Arbeitnehmer später den Schutz genießen werden, für den ihre Beiträge entrichtet wurden.

29. Es ist mehr als ein Jahr her, dass die letzte Friedensinitiative zusammenbrach. Vor Ort – wo Beschäftigungsmöglichkeiten und die Wirtschaft von Bedeutung sind – ist es dringend notwendig, die Zwei-Staaten-Lösung wiederzubeleben. Die internationale Gemeinschaft einschließlich der Vereinten Nationen, die Großmächte und die arabische Welt verfügen immer noch über die Kapazität und die Ressourcen, ihr Engagement für eine Verhandlungslösung zu verstärken. Es herrscht jetzt der Eindruck vor, dass die Karten und Kompass verloren gegangen sind, und Palästina und Israel Gefahr laufen, auf einem auf keiner Karte verzeichneten Weg in unbekanntem Gelände allein gelassen zu werden.

2. Das gehemmte Wachstum und die verfestigte Besatzung stehen für düstere Arbeitsmarktaussichten

30. Die Rezession, in die die palästinensische Wirtschaft 2014 nach der israelischen Militäroperation „Protective Edge“ in Gaza abrutschte, endete 2015. Daraus erwuchs jedoch nur eine sehr geringe Wachstumsrate des realen BIP von 3,5 Prozent, die weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Diese errechnete sich aus einem BIP-Wachstum von 6,8 Prozent in Gaza und lediglich 2,5 Prozent im Westjordanland. In Gaza verzögerten sich aufgrund langsamer Zuflüsse der von den Gebern im Oktober 2014 in Kairo zugesagten Hilfe und anhaltender Beschränkungen der Einfuhr benötigter Baumaterialien und anderer Rohstoffe die umfangreichen Nachkriegswiederaufbaumaßnahmen, die erwartet worden waren. Mit der Umsetzung des Wiederaufbaumechanismus für Gaza nahm die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte von 2015 an Fahrt auf, was Impulse für Wachstum und Beschäftigung gab, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau aus. Im Westjordanland zwangen die Einbehaltung der Zolleinkommen durch Israel im ersten Quartal des Jahres und geringere Haushaltsunterstützung die Palästinensische Behörde zu Sparmaßnahmen, die sich ebenfalls negativ auf das BIP auswirkten. Wenngleich die wirtschaftliche Aktivität im zweite Quartal zunahm, wurden die Gewalt und die erhöhten Spannungen, von denen das Westjordanland nach Oktober 2015 betroffen war, von einer Verschärfung der Beschränkungen, einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und weiteren Aussichten auf unzureichendes Wachstum begleitet. Diese allgemeinen Trends spiegeln sich in der vierteljährlichen Entwicklung des palästinensischen BIP wider, die ein klar umgekehrt proportionales Verhältnis zur Arbeitslosigkeit aufweist, wie in Abbildung 2.1 gezeigt wird.

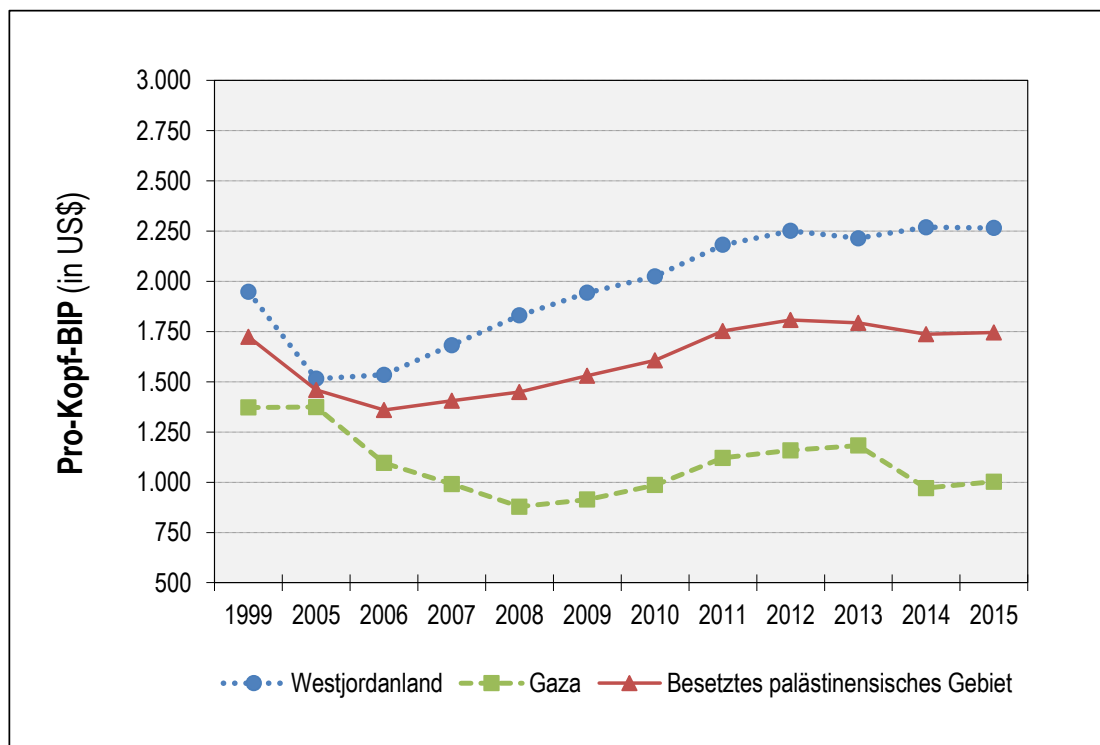
Abbildung 2.1. Vierteljährliches reales BIP (zu konstanten Preisen von 2004) und Arbeitslosigkeit, 2015



Quelle: Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS), National Accounts (2016a) und Labour Force Survey (2016b).

31. Ein ungünstigeres Bild wirtschaftlicher Stagnation ergibt sich, wenn man das reale Pro-Kopf-BIP untersucht, das 2015 um lediglich 0,5 Prozent auf 1.746 US-Dollar wuchs. Besorgniserregend ist, dass das reale Pro-Kopf-BIP im Westjordanland 2015 um 0,2 Prozent zurückging, und zwar auf 2.266 US-Dollar. In Gaza wuchs das reale Pro-Kopf-BIP um 3,3 Prozent auf 1.003 US-Dollar; dies ist allerdings 27 Prozent unter seinem Wert vor einem Jahrzehnt. Während das palästinensische Pro-Kopf-BIP insgesamt gegenüber dem Niveau von 1999 – vor dem Ausbruch der zweiten Intifada – mehr oder weniger unverändert ist, ist das israelische Pro-Kopf-BIP, das etwa das Zwölfwache des palästinensischen beträgt, 28 Prozent höher als 1999 (IWF, 2015).

Abbildung 2.2. Reales Pro-Kopf-BIP zu konstanten Preisen von 2004, 1999-2015



Quelle: PCBS, National Accounts (2016a).

32. Politische Ungewissheit und nachlassende Geberunterstützung zusätzlich zu den fortbestehenden israelischen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs haben zu gebremstem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum geführt. Die direkte Haushaltshilfe verringerte sich 2015 um ungefähr 30 Prozent auf ihren niedrigsten Stand seit 2008 (IWF, 2016). Darin spiegeln sich eine gewisse Gebermüdigkeit und die Verlagerung der Prioritäten der Geber auf andere Krisen in der Region wider. Dies resultierte in einer Finanzierungslücke von 650 Millionen US-Dollar, deren Schließung die Palästinensische Behörde mit einer höheren inländischen Kreditaufnahme und der Akkumulation rückständiger Zahlungen, u.a. an die Rentenkasse, Gebietskörperschaften und private Lieferanten bewerkstelligte. Dies hat die Risiken für die Schuldentragfähigkeit erhöht, wenngleich das Haushaltsdefizit durch Haushaltsdisziplin in Schach gehalten werden konnte.

33. Auch wenn von Gebern abhängiges Wachstum auf lange Sicht kein nachhaltiges Modell ist, kann angesichts der Beschränkungen, die der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung durch die israelische Besetzung auferlegt werden, die Bedeutung von Geberunterstützung für die palästinensische Wirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nach Angaben des Büros des Quartetts trug externe Unterstützung im Zeitraum der 2000er Jahre zu ungefähr der Hälfte der neuen Arbeitsplätze sowohl im Westjordanland als auch in Gaza bei, und die Arbeitslosigkeit würde ohne sie doppelt so hoch wie gegenwärtig sein (OQ, 2015). Zusätzlich zu den Auswirkungen auf die direkte Haushaltshilfe hat die verringerte Geberunterstützung auch zu signifikant niedrigeren Entwicklungsausgaben geführt, einschließlich dringend notwendiger Ausgaben für Infrastruktur, Gesundheit und Bildung, was die längerfristigen Wachstumsaussichten weiter schmälert. Laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) muss die palästinensische Wirtschaft jährlich um 4,5 Prozent wachsen, um alle neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Personen aufnehmen zu können (IWF; 2016). Derzeitige Prognosen von mittelfristig nicht mehr als 3,5 Prozent bleiben weit dahinter zurück.

34. Angesichts dieser fiskalischen Zwänge hat die Palästinensische Behörde in der jüngsten Zeit ihre Aufmerksamkeit darauf gerichtet, finanziellen Einbußen entgegenzuwirken, die aus israelischen Abzügen bei einer Reihe von Einnahmenquellen resultieren. Sie schätzt, dass in den letzten 15 Jahren mindestens 3,6 Milliarden US-Dollar aufgelaufen sind und in jedem weiteren Jahr zusätzliche 312 Millionen US-Dollar verloren gehen (PNA, 2016). Die Verringerung dieser Einbußen würde zur Schließung der Lücke beitragen, die durch die niedrigere Geberunterstützung entstanden ist.

Arbeitsmarktentwicklungen

35. Die Zahl der palästinensischen Erwerbstätigen stieg 2015 auf 1,3 Millionen, 3,5 Prozent mehr als 2014. Aufgrund des gleichzeitigen Wachstums der Bevölkerung ab 15 Jahren um 3,4 Prozent blieb die Erwerbsquote konstant bei 45,8 Prozent (siehe Übersicht 2.1). Nach Geschlecht aufgeschlüsselt betrug die Quote 71,9 Prozent für Männer, aber nur 19,1 Prozent für Frauen. Obwohl sich die Erwerbsquote von Frauen gegenüber dem 2001 registrierten Wert von 10,3 Prozent fast verdoppelt hat (PCBS, 2016c), bleibt sie verglichen mit globalen und sogar regionalen Maßstäben trotz der großen Bildungserfolge der palästinensischen Frauen außerordentlich niedrig, was zu einer deutlichen Einbuße von wirtschaftlichem Potenzial führt. Israelische Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs tragen dazu bei, Hindernisse für eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen zu vergrößern, die auf soziale und kulturelle Normen, beschränkte institutionelle Regelungen wie Mutterschutz und die schwache Nachfrage nach Arbeitskräften im formellen privaten Sektor der Wirtschaft zurückzuführen sind. Auf diese Weise werden die meisten Frauen aus der Erwerbsbevölkerung gehalten.

Übersicht 2.1. Arbeitsmarktindikatoren, 2014-15

	2014	2015				2015	2015/2014
	Jahres- durchschnitt	Q1	Q2	Q3	Q4	Jahres- durchschnitt	Verände- rung in %
Bevölkerung über 15 Jahre (1.000)	2.742	2.801	2.824	2.848	2.871	2.836,0	3,4
Erwerbstätige (1.000)	1.255	1.276	1.291	1.304	1.325	1.299,0	3,5
Beschäftigung (1.000)	917	950	971	947	983	962,8	5,0
Westjordanland	558	564	582	562	569	569,3	2,1
Gaza	249	271	270	269	295	276,3	11,2
Israel und Siedlungen	107	110	112	113	115	112,5	5,1
Arbeitslosigkeit (1.000)	338	326	320	357	342	336,3	-0,6
Erwerbsquote (%)	45,8	45,6	45,7	45,8	46,2	45,8	0,1
<i>Männer</i>	71,5	71,7	71,2	72,1	72,5	71,9	0,5
<i>Frauen</i>	19,4	18,8	19,6	18,8	19,1	19,1	-1,8
Arbeitslosenquote (%)	27,0	25,6	24,8	27,4	25,8	25,9	-4,0
<i>Männer</i>	23,9	22,8	21,0	23,7	22,3	22,5	-6,0
<i>Frauen</i>	38,5	36,2	38,9	41,8	39,7	39,2	1,8
Westjordanland	17,7	16,3	15,4	18,7	18,7	17,3	-2,4
<i>Männer</i>	15,3	14,4	12,7	16,0	16,7	15,0	-2,0
<i>Frauen</i>	27,4	24,4	26,2	29,3	26,7	26,7	-2,7
Gaza	43,9	41,6	41,5	42,7	38,4	41,1	-6,4
<i>Männer</i>	40,2	37,9	36,3	37,4	32,3	36,0	-10,4
<i>Frauen</i>	56,9	55,2	59,5	63,3	60,5	59,6	4,8

Quelle: PCBS, Labour Force Survey (2016b).

36. Die Gesamtarbeitslosenquote sank leicht von 27 Prozent im Jahr 2014 auf 25,9 Prozent in 2015, weil die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 0,6 Prozent auf 336.300 zurückging. Diese geringe Verbesserung signalisiert jedoch keinen spürbar gesünderen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote für Männer ging von 23,9 Prozent im Jahr 2014 auf 22,5 Prozent in 2015 zurück, während sie für Frauen von 38,5 Prozent in 2014 auf 39,2 Prozent stieg. Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde bei Männern in Gaza registriert, in erster Linie als ein Ergebnis der anziehenden Bautätigkeit im letzten Quartal des Jahres. Während mehr Männer in Gaza Arbeit fanden, stieg dort die Arbeitslosigkeit bei Frauen auf erschreckende 60 Prozent. Für die wenigen Frauen, die in Gaza in die Erwerbsbevölkerung eintreten, gibt es nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten abgesehen von den Stellen im Gesundheits- und Bildungsbereich des öffentlichen Sektors. Frauen können auch informell in der Landwirtschaft, der Kinderbetreuung und im Reinigungsgewerbe oder anderen traditionellen Aktivitäten wie Sticken nachgehen. Die meisten Frauen in der Erwerbsbevölkerung bleiben jedoch arbeitslos. Im Westjordanland hing die Zunahme der Gewalt ab dem dritten Quartal 2015 auch mit einer Verschärfung der Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit bei sowohl Männern als auch Frauen zusammen.

37. Palästinensische Jugendliche haben noch schlechtere Aussichten. Für 15- bis 24-Jährige ist eine niedrige Erwerbsbeteiligung zu erwarten, weil ungefähr die Hälfte noch in Vollzeit eine Bildungseinrichtung besucht. Fast ein Fünftel dieser Alterskohorte, darunter mehr als 30 Prozent der jungen Frauen, sind jedoch weder erwerbstätig noch in einer Ausbildung (siehe Übersicht 2.2). Zudem übersteigt bei denjenigen, die in die Erwerbsbevölkerung eintreten, die Arbeitslosenquote 40 Prozent, errechnet nach Geschlecht aufgeschlüsselt aus 36,4 Prozent bei jungen Männern und 60,8 Prozent bei jungen Frauen. Die Werte sind für Gaza auch diesbezüglich wieder beträchtlich höher als für das Westjordanland. Die 2015 durchgeführte Befragung palästinensischer Jugendlicher ergab, dass die 15- bis 29-Jährigen im Durchschnitt mehr als zwei Jahre arbeitslos waren (PCBS, 2016d). So umfassende und weitverbreitete Langzeitarbeitslosigkeit hat höchst negative Auswirkungen auf die Kompetenzen und die zukünftigen Arbeitsmarktaussichten der heutigen Jugendlichen und kann allgemeiner zu Marginalisierung führen. In der Tat zeugt der Umstand, dass es sich bei den palästinensischen Tätern, die an der Welle der Gewalt beteiligt waren, die seit September 2015 ausgebrochen ist, zumeist um junge Menschen handelt, von der Frustration, der Unzufriedenheit und der Verzweiflung, die sich im Leben unter der Besatzung und mit scheinbar wenigen wirtschaftlichen Aussichten aufgestaut haben. Es ist dringend notwendig, dass in großem Umfang in die Jugend investiert wird, u.a. in Programme zur direkten Schaffung von Arbeitsplätzen, Berufsberatung, Initiativen für Berufsausbildung und Qualifizierung sowie Unterstützung von Unternehmensgründungen.

Übersicht 2.2. Erwerbsstatus der Jugendlichen (15-24 Jahre), 2014-15

	2014	2015		
	Insgesamt	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbsquote der Jugendlichen (%)	31,6	32,7	52,9	11,6
Westjordanland	33,3	33,6	55,1	11,1
Gaza	28,8	31,2	49,4	12,4
Jugendarbeitslosenquote (%)	43,6	40,7	36,4	60,8
Westjordanland	30,4	28,7	24,9	48,1
Gaza	67,9	61,0	56,7	78,4
Jugendliche außerhalb des Arbeitsmarktes (%)	68,4	67,3	47,1	88,4
in Ausbildung (%)	50,1	48,9	40,2	57,6
nicht in Ausbildung (%)	18,3	18,4	6,9	30,8

Quelle: PCBS, Labour Force Survey (2016b).

38. Die Gesamtbeschäftigung wuchs 2015 um 5 Prozent, wobei die Mehrzahl der neuen Stellen in Gaza geschaffen wurde (11,2 Prozent Wachstum) (siehe Übersicht 2.1). Die Beschäftigungsquote, gemessen anhand der Gesamtbeschäftigung als ein prozentualer Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren stieg im vierten Quartal 2015 auf 34,2 Prozent, verglichen mit 33,7 Prozent im gleichen Quartal von 2014. Die Beschäftigungsquote für Männer stieg im gleichen Zeitraum von 54,6 Prozent auf 56,4 Prozent; für Frauen sank sie jedoch von bereits außerordentlich niedrigen 12,3 Prozent auf gerade einmal 11,5 Prozent.

39. Auf den Dienstleistungssektor, der fast die Hälfte des palästinensischen BIP erwirtschaftet, entfällt weiterhin der größte Anteil an der Beschäftigung: Er nimmt 31 Prozent der beschäftigten Männer und 63 Prozent der beschäftigten Frauen auf (siehe Übersicht 2.3). Handel und Baugewerbe sind die nächstgrößten Arbeitgeber von Männern mit 22,6 beziehungsweise 18,6 Prozent, während die Landwirtschaft den zweitgrößten Anteil an beschäftigten Frauen aufweist (13,1 Prozent). Der produktivere Fertigungssektor steuert einen geringeren Beschäftigungsanteil bei und ist seit der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo beträchtlich geschrumpft. Infolge von Beschränkungen des Zugangs zu Agrarland und anderen produktiven Ressourcen beträgt der Anteil am BIP von Landwirtschafts- und Fertigungssektor zusammengenommen jetzt weniger als die Hälfte seines Wertes von 1994. Der hohe Anteil beschäftigter Frauen im Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektor im Vergleich zu ihrem Anteil am BIP signalisiert, dass die Beschäftigung wahrscheinlich informell ist und niedrige Produktivität aufweist.

Übersicht 2.3. Sektorale Zusammensetzung von BIP und Beschäftigung, 2015

	Anteil am BIP (%)	Anteil an der Beschäftigung (%)		
		Insgesamt	Männer	Frauen
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	3,3	8,7	7,8	13,1
Fertigung, Bergbau und Steinbrüche	13,4	13,0	13,4	11,0
Baugewerbe	8,3	15,5	18,6	0,6
Handel, Restaurants und Hotels	18,7	20,6	22,6	11,3
Transport, Lagerung und Kommunikation	7,8	5,9	6,8	1,1
Dienstleistungen und andere Branchen	48,6	36,3	30,9	62,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: PCBS, National Accounts (2016a) und Labour Force Survey (2016b).

40. Die Beschäftigung von Palästinensern in Israel und den Siedlungen wuchs 2015 um weitere 5,1 Prozent. Ihre Zahl erreichte im vierten Quartal des Jahres schätzungsweise 115.000 Arbeitnehmer, was 11,6 Prozent der palästinensischen Beschäftigung insgesamt bedeutet (siehe Übersicht 2.1). Die Gesamtzahl nähert sich jetzt dem Niveau palästinensischer Arbeitnehmerströme nach Israel an, das vor dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 bestand. Damals büßten nahezu 100.000 in Israel arbeitende Palästinenser ihren Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt ein. Im Gegensatz dazu wurde 2015 trotz der Zunahme der Gewalt zugelassen, dass die palästinensische Beschäftigung in Israel und den Siedlungen wuchs. Das komplexe System von Quoten und Genehmigungen für Palästinenser aus dem Westjordanland mit Sicherheitsfreigabe und magnetischer Ausweiskarte, die täglich zwischen ihrem Wohnsitz im Westjordanland und ihren israelischen Arbeitsplätzen pendeln, besteht fort. Das System der Genehmigungen wird weiterhin ad hoc Anpassungen unterzogen. 2015 wurde das Mindestalter von 24 auf 22 Jahre gesenkt und die Bedingung, Kinder zu haben, gestrichen; wer eine Genehmigung beantragen will, muss jedoch weiterhin verheiratet sein. Laut Angaben des Koordinators der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) waren bis März 2016 an Palästinenser von einer Gesamtquote von 60.900 Arbeitsgenehmigungen für Israel 58.203 ausgestellt worden, darunter 16.000 mit Übernachtungsgenehmigung (COGAT, 2016). Weitere 27.632 Genehmigungen wurden für Arbeit in den Siedlungen ausgestellt. Ungefähr 30.000 Palästinenser arbeiten in Israel und den Siedlungen ohne Genehmigung oder mit einer Genehmigung für andere Zwecke als Arbeit. Dies macht sie anfällig für missbräuchliche und ausbeuterische Praktiken von Arbeitgebern und Vermittlern sowie

für Schikanierung und Inhaftnahme in dem Fall, dass sie von den israelischen Behörden gefasst werden. Der israelische Arbeitsmarkt ist für Palästinenser aus Gaza seit April 2006 verschlossen. Der Mission wurde jedoch vereinzelt berichtet, dass gewerbliche Genehmigungen für den Zugang zu informeller Beschäftigung in Israel genutzt werden.⁴

41. Auf das Baugewerbe entfallen 63 Prozent der palästinensischen Beschäftigung in Israel, gefolgt vom Fertigungssektor (11 Prozent), Handel (9 Prozent) und Landwirtschaft (9 Prozent) (MAI, 2016). Während der Zeit der Mission wurde angekündigt, dass 10.000 zusätzliche Arbeitsgenehmigungen für das Baugewerbe ausgestellt werden sollen. Die Wohnungsknappheit in Israel stützt weiterhin die Nachfrage nach Arbeitskräften, und israelische Arbeitgeber haben hervorgehoben, dass sie palästinensische Arbeitnehmer gegenüber anderen Arbeitsmigranten bevorzugen und höhere fachliche Qualifikationen benötigen. Auch wenn angesichts der begrenzten Aufnahmekapazität des palästinensischen Arbeitsmarktes unter der Besatzung die Arbeit in der israelischen Wirtschaft unumgänglich bleibt, kommen viele Arbeitnehmer über Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen nicht hinaus. Letztlich gibt es keinen Ersatz dafür, die Entwicklung der palästinensischen Produktionsgrundlagen zuzulassen und zu fördern.

Einkommen und Armut

42. Mit nahezu 200 NIS pro Tag war der in Israel und den Siedlungen verdiente durchschnittliche Tageslohn 2,3 Mal höher als derjenige in der Privatwirtschaft im Westjordanland, was die Attraktivität der Arbeit in Israel selbst unter schwierigen Bedingungen erklärt. Der Mindestlohn im Baugewerbe in Israel liegt unter dem israelischen nationalen Mindestlohn, der 2016-17 weiter steigen wird. Im Gegensatz dazu entsprach der in der Privatwirtschaft in Gaza verdiente Durchschnittslohn nur 45 Prozent desjenigen im Westjordanland und war gegenüber dem Niveau im Jahr 2014 real um 6 Prozent gesunken (siehe Übersicht 2.4).

Übersicht 2.4. Nominale und reale Durchschnittslöhne und -preise, 2015

	Westjordanland	Gaza
Durchschnittlicher Tageslohn (NIS), 2015		
Öffentlicher Sektor	107,8	84,9
Privater Sektor	86,4	39,4
Israel und Siedlungen	199,1	–
Reallöhne: Veränderung 2015/2014 (%)		
Öffentlicher Sektor	1,9	2,9
Privater Sektor	2,4	-6
Israel und Siedlungen	4,8	–
Verbraucherpreisindex 2015 (%)	1,29	1,77

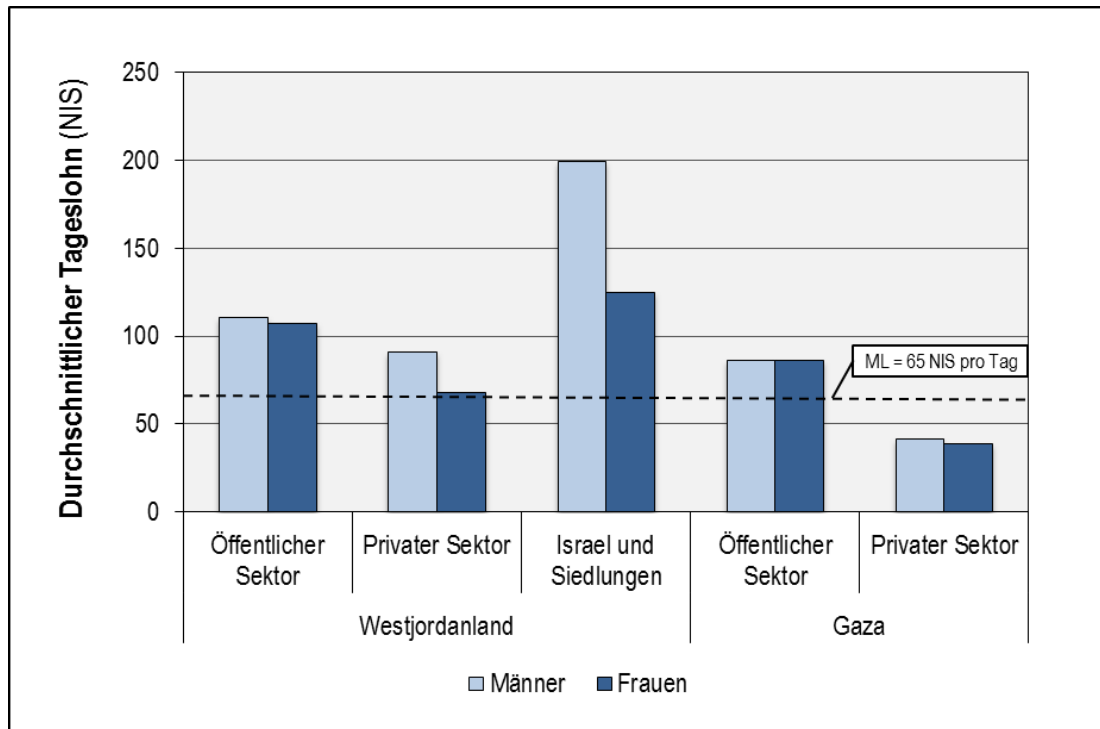
Quelle: PCBS, Labour Force Survey (2016b) und Daten des Verbraucherpreisindex (2016e).

43. Es besteht weiterhin ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle: Der durchschnittliche Tageslohn palästinensischer Frauen erreicht nur 81,9 NIS, verglichen mit 108 NIS für Männer. Während das geschlechtsspezifische Lohngefälle im öffentlichen Sektor gering

⁴ Seit 2015 hat COGAT 3.000 gewerbliche Genehmigungen für Geschäftsleute aus Gaza ausgestellt, die über den Grenzübergang Erez nach Israel einreisen können.

war, erreichen in der Privatwirtschaft im Westjordanland die durchschnittlichen Tageslöhne von Frauen nur 75 Prozent derjenigen von Männern (Abbildung 2.3). Die durchschnittlichen Tageslöhne von sowohl Männern als auch Frauen blieben in der Privatwirtschaft in Gaza weiter hinter dem palästinensischen nationalen Mindestlohn von 65 NIS pro Tag zurück. Nahezu 73 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft in Gaza verdienen de facto weniger als den Mindestlohn, verglichen mit 23 Prozent der Beschäftigten im Westjordanland.

Abbildung 2.3. Durchschnittliche Tagelöhne aufgeschlüsselt nach Ort und Geschlecht, 2015



Anmerkung: ML = Mindestlohn.
Quelle: PCBS, Labour Force Survey Database (2016b).

44. Die Inflationsrate (gemessen anhand des palästinensischen Verbraucherpreisindex) blieb mit 1,43 Prozent niedrig, verglichen mit 1,73 Prozent im Jahr 2014. Die Preise stiegen um 1,77 Prozent in Gaza, um 1,29 Prozent im Westjordanland und um lediglich 0,33 Prozent in Ostjerusalem, was zum Teil durch deflationäre Tendenzen in Israel beeinflusst wurde (PCBS, 2016e). Die höchsten Preissteigerungen fielen bei bestimmten Grundnahrungsmitteln wie frischem Gemüse, frischem Fleisch und Reis an. Von steigenden Nahrungsmittelpreisen sind in erster Linie Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen, bei denen ein größeres Risiko der Ernährungsunsicherheit besteht. Die Sozioökonomische und Ernährungssicherheitserhebung (SEFSec) von 2014 ergab, dass 27 Prozent der Palästinenser von Ernährungsunsicherheit betroffen waren, wobei sich der Wert aus 47 Prozent in Gaza und 16 Prozent im Westjordanland errechnet (PCBS und FSS, 2015). Insbesondere in Gaza beruht das hohe Maß an Ernährungsunsicherheit auf hohen Preisen und sich verschlechternden sozioökonomischen Bedingungen als Folge des anhaltenden Konflikts und weniger auf einer unzureichenden Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Dieses Maß an Ernährungsunsicherheit steht auch in einem engen Zusammenhang mit dem Maß an Armut. Schätzungen der Weltbank zufolge erreichte die Armutsrate 2014 25 Prozent, errechnet aus 39 Prozent in Gaza und 16 Prozent im Westjordanland (Weltbank, 2015). Weil etwa 80 Prozent der Einwoh-

ner von Gaza auf Geberunterstützung angewiesen sind, besteht die Gefahr, dass verringerte Hilfszuflüsse zu zukünftigen Anstiegen der Ernährungsunsicherheit und der Armut führen könnten.

Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung im Westjordanland

45. Als eine Folge der von Israel verhängten Beschränkungen von Bewegungsfreiheit und Zugang bleibt die wirtschaftliche Entwicklung im Westjordanland stark beschränkt. Diese Beschränkungen umfassen Kontrollstellen, Straßensperren, Metalltore, Erdwälle und Gräben zusätzlich zu der Sperrmauer, von der etwa 85 Prozent innerhalb des Westjordanlands stehen statt entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 (der „Grünen Linie“), wodurch 10 Prozent der Landmasse des Westjordanlands isoliert sind.⁵ Im September 2014 waren über das Westjordanland insgesamt 490 Bewegungshindernisse verteilt, darunter 60 Kontrollstellen, (OCHA, 2014). Diese jüngste Zählung schloss weitere 111 weitere Sperrungen in der H2-Zone von Hebron nicht ein.⁶ Die kumulative Infrastruktur der Sperrungen kann nach Gutdünken gelockert oder verschärft werden. Berichten zufolge nahm nach den Gewaltausbrüchen vom dritten Quartal 2015 die Zahl der Bewegungshindernisse im Westjordanland, insbesondere in Hebron und Nablus sowie in und um Ostjerusalem, beträchtlich zu. Parallel dazu werden die Bewegung zwischen palästinensischen Dörfern und Städten und der Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen durch ein alternatives „Lebensader“-Straßennetz erleichtert, das auf die Aufrechterhaltung der Verbindungsmöglichkeiten abzielt, allerdings zu Lasten der territorialen Kontiguität. Dieses Netzwerk resultiert in weiteren Landverlusten, unterbricht traditionelle Routen und trägt zur anhaltenden Fragmentierung des Westjordanlands bei.

46. Die palästinensische wirtschaftliche Entwicklung wird am stärksten im Gebiet C beschränkt, das mehr als 60 Prozent des Westjordanlands und den überwiegenden Teil seiner natürlichen Ressourcen umfasst.⁷ Das Gebiet C verbindet die ansonsten unzusammenhängenden Gebiete A und B und ist für die infrastrukturelle, landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung wichtig. 70 Prozent davon unterstehen jedoch den Regionalräten israelischer Siedlungen und stehen folglich für die palästinensische Entwicklung nicht zur Verfügung. Derzeit erteilt die israelische Zivilverwaltung nur für etwa 1 Prozent von Gebiet C Baugenehmigungen. Von sowohl der palästinensischen Privatwirtschaft als auch ausländischen Investoren verfolgte große Infrastrukturprojekte wie die neue Stadt Rawabi sowie die Industrieparks in Bethlehem, Jericho und Dschenin werden im Zusammenhang mit Genehmigungen wiederholt mit Hindernissen für die Entwicklung benötigter Infrastruktur im Gebiet C konfrontiert. Diese Projekte werden fortgeführt, wenngleich mit hohen Transaktionskosten durch langwierige Verhandlungen mit unge-

⁵ Nach der Fertigstellung wird die Sperrmauer insgesamt etwa 700 Kilometer lang sein, von denen zwei Drittel bereits errichtet wurden. Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Sperrmauer vom 9. Juli 2004 wurden die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher durch sie verursachter Schäden gefordert. Diese Forderung wurde anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 unterstützt.

⁶ Mit dem speziellen Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst, in der die Palästinensische Behörde Verwaltungsdienste bereitstellen, Israel jedoch uneingeschränkt die Sicherheitskontrolle übernehmen sollte. Unter dem Schutz einer starken israelischen Militärpräsenz wohnen in diesem Gebiet etwa 500 israelische Siedler inmitten von etwa 40.000 Palästinensern (und etwa 200.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt).

⁷ Das Gebiet C gemäß der Definition im Abkommen von Oslo befindet sich in Bezug auf die Sicherheit und die Verwaltung vollständig unter israelischer Kontrolle.

wissem Ausgang, die häufig den Einsatz von hohem politischem Kapital erfordern. Die Mission wurde informiert, dass eine Vereinbarung über den Bau einer Zufahrtsstraße zur Allenby-Brücke (König-Hussein-Brücke) für den Industriepark in Jericho geschlossen wurde. Auch wurde palästinensischen Mobilfunkanbietern mittlerweile gestattet, im Westjordanland Kommunikationsdienste der dritten Generation (3G) bereitzustellen. Beide Punkte wurden über einen Zeitraum von mehreren Jahren erörtert. Ein solch ungewisses Umfeld ist nicht förderlich dafür, private Investoren aus dem In- oder Ausland anzuziehen, die Berichten zufolge aufgrund der hohen damit verbundenen Risiken bisweilen Renditen von mehr als 30 Prozent anstreben.

47. Die israelische Politik, 2014 eine begrenzte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen dem Westjordanland und Gaza zu gestatten, wurde 2015 fortgesetzt, wenngleich das Volumen des Handelsgüterumschlags nur einen Bruchteil des Niveaus vor der Blockade von Gaza im Jahr 2007 ausmachte. Die Märkte von Ostjerusalem wurden jedoch zunehmend von sowohl dem Westjordanland als auch Gaza abgeschnitten, und Anfang 2016 wurde sechs Erzeugern von Fleisch und Milchprodukten verboten, ihre Erzeugnisse in Ostjerusalem zu vertreiben. Ungehinderter Zugang zu Inlandsmärkten ist für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich, genauso wie Handel mit der Außenwelt. Derzeit findet der palästinensische Handel in erster Linie mit Israel statt, unter Handelsbedingungen, die für Israel äußerst vorteilhaft sind. Palästinensische Unternehmen haben ihre Aufmerksamkeit in den letzten Jahren zunehmend auf die Ausweitung des Handels mit der arabischen Welt über die Allenby-Brücke konzentriert, die das Westjordanland mit Jordanien verbindet, und der Wert der Einfuhren in das Westjordanland über diese Route stieg zwischen 2014 und 2015 um 20 Prozent (COGAT, 2016). Die Ausfuhren bleiben jedoch beschränkt, weil palästinensische Produkte in diesen Märkten wenig wettbewerbsfähig sind. Eine Reihe von Faktoren treibt die Produktionskosten nach oben und verringert die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit. Dazu zählen die Unfähigkeit, ein breites Spektrum unentbehrlicher Einsatzmittel aus Rohstoffen für die Produktion einschließlich Dünger für die Landwirtschaft einzuführen, die in umfangreichen Listen als Güter „mit doppeltem Verwendungszweck“ eingetragen sind, die Israel als Sicherheitsbedrohung einstuft; die umständlichen Verfahren für das Umladen von Lkw zu Lkw, die an allen Grenzübergängen vorgeschrieben sind und weiterhin zu Verzögerungen, Schwund, Unannehmlichkeiten und beträchtlich höheren Kosten führen; und die Nichtanerkennung von Freihandelsabkommen zwischen Palästina und anderen Ländern durch Israel und die daraus resultierende Nichtanwendung.

48. Es laufen jedoch Bemühungen, durch Verbesserungen der Infrastruktur auf beiden Seiten des Grenzübergangs die Kapazität der Allenby-Brücke zu vergrößern. Nach deren Fertigstellung werden ein neuer von den Vereinigten Staaten finanzierter Scanner auf der jordanischen Seite des Grenzübergangs und ein von den Niederlanden finanzierter Scanner auf der Seite des Westjordanlands den Einsatz von Containern ermöglichen, was zur Verringerung der Transportzeiten und -kosten beitragen würde. Ohne eine wesentlich umfassendere Aufhebung von den Handel behindernden Beschränkungen wird die Wirkung solcher Maßnahmen gedämpft sein.

Begrenzter Wiederaufbau und beschränkte Aussichten in Gaza

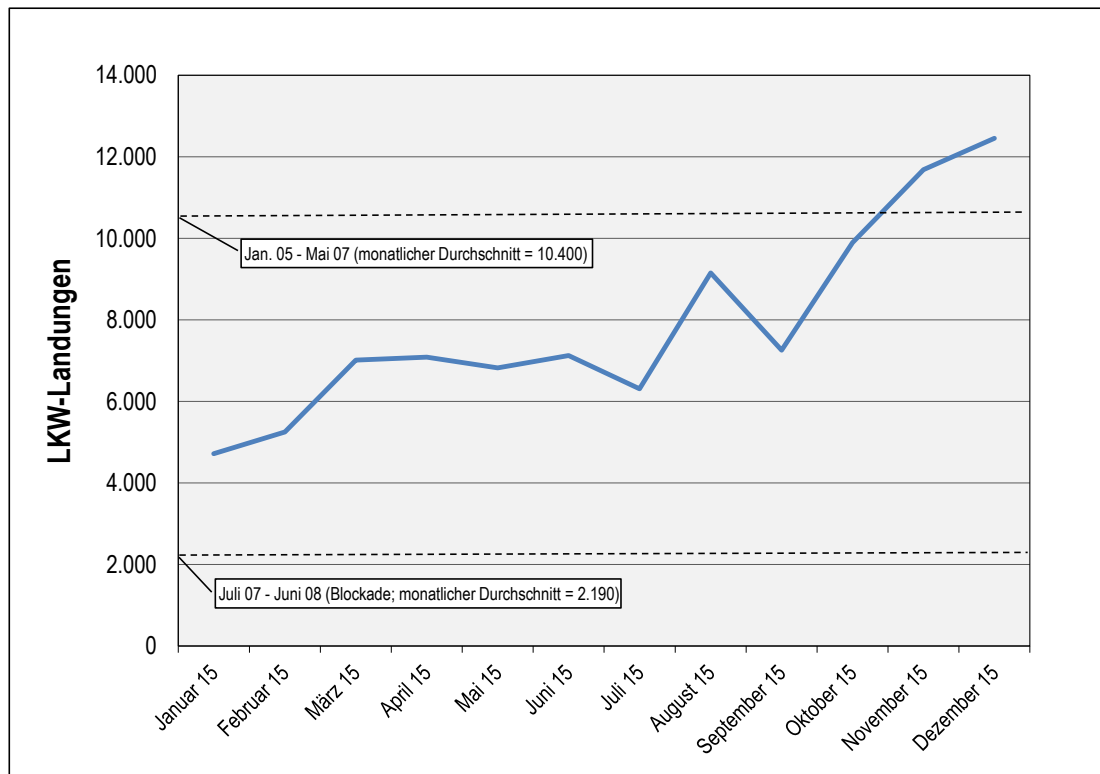
49. Fast zwei Jahre nach der verheerenden israelischen Militäroperation „Protective Edge“ bleibt Gaza zu Lande, zur See und in der Luft abgeriegelt. Zugangsbeschränkte Gebiete entlang der Grenzen umfassen fast ein Drittel der kultivierbaren Fläche von Gaza, wobei ein sich über 100 Meter von der Grenze erstreckender Bereich, der nicht

betreten werden darf, streng durchgesetzt wird und Risikozonen beträchtlich darüber hinaus reichen. Die vor dem Krieg verhängte Fischereigrenze von sechs Seemeilen wurde im April 2016 in einigen Gebieten auf neun Seemeilen erweitert, was den Sardinienfang der verbleibenden Fischer von Gaza bis zu einem gewissen Grad verbessern dürfte. Diese Grenze liegt aber immer noch weit unter den 20 Seemeilen, die im Abkommen von Oslo festgelegt wurden.

50. Mit der Umsetzung des Wiederaufbaumechanismus für Gaza zusätzlich zu bestimmten anderen großen Infrastrukturprojekten, die von Gebern vom Persischen Golf finanziert werden, ist der Wiederaufbau nach dem Krieg jetzt im Gange. Mehr als 90 Prozent der beschädigten oder zerstörten Schulen und Krankenhäuser wurden wieder aufgebaut, und fast die Hälfte der 171.000 Wohnungen, die zerstört oder beschädigt wurden, wurden wiedererrichtet oder instand gesetzt (UN, 2016). Aufgrund der langsameren Fortschritte bei denjenigen Wohneinheiten, die vollständig zerstört wurden, bleiben etwa 75.000 Einwohner von Gaza auch mehr als 18 Monate nach dem Ende der Feindseligkeiten Vertriebene. Der Wiederaufbau ging langsamer vonstatten als erwartet, was zu einem großen Teil auf die begrenzte Auszahlung von Geberzusagen zurückzuführen ist, die auf der Konferenz in Kairo im Oktober 2014 abgegeben worden waren. Bis Ende März 2016 waren nur 40 Prozent (1,4 Milliarden US-Dollar) der zugesagten 3,5 Milliarden US-Dollar tatsächlich ausgezahlt worden, wobei sich der Rückstand auf den vereinbarten Zeitplan auf etwa 1,3 Milliarden US-Dollar belief (Weltbank, 2016 a).

51. Der einzige funktionierende gewerbliche Übergang entlang der Grenze befindet sich bei Kerem Shalom an der Südspitze von Gaza. Er ist für das Umladen von Lkw zu Lkw eingerichtet und ist mit höheren Transportkosten verbunden als die anderen geschlossenen Grenzübergänge. Obwohl ein Scanner, der die Nutzung von Containern ermöglichen würde, installiert wurde, bleiben Container in Kerem Shalom verboten. Die meisten Verbrauchsgüter dürfen eingeführt werden, und mit der Umsetzung des Wiederaufbaumechanismus für Gaza wurden 2015 auch mehr Baumaterialien gestattet, wenngleich mit zeitweiligen Unterbrechungen. Die durchschnittliche Zahl der Lkw-Ladungen an Einfuhren erreichte 2015 7.897, verglichen mit 4.307 im Jahr 2014. Im November 2015 überstieg der Umfang der Einfuhren in der Tat erstmals das Niveau vor der Blockade (siehe Abbildung 2.4). Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass die auf diese Einfuhren von den De-facto-Behörden in Gaza erhobenen Abgaben nicht an die Palästinensische Behörde abgeführt werden, was eine substanzielle Quelle von Einnahmefällen darstellt. Seit der Schließung der Tunnel unter der Grenze zu Ägypten in Rafah sind die Einnahmen aus diesen Abgaben beträchtlich gestiegen. Die Einfuhr der meisten Produktionsmittel ist zudem weiterhin verboten, weil Israel eine stark erweiterte und kontinuierlich weiterentwickelte Liste von Gütern „mit doppeltem Verwendungszweck“ anwendet. Folglich kann die Privatwirtschaft vor Ort nicht mit Einfuhren aus dem Ausland konkurrieren, was zur Folge hat, dass zahlreiche Fabrikbesitzer ihre Betriebe schließen und auf den Handel umsteigen. Die Mehrzahl der verbleibenden Unternehmen schöpft ihre Kapazitäten nur zu einem Bruchteil aus. Als ein Ergebnis dieser Beschränkungen stocken gleichzeitig weiterhin viele wichtige Projekte zur Entwicklung der Infrastruktur.

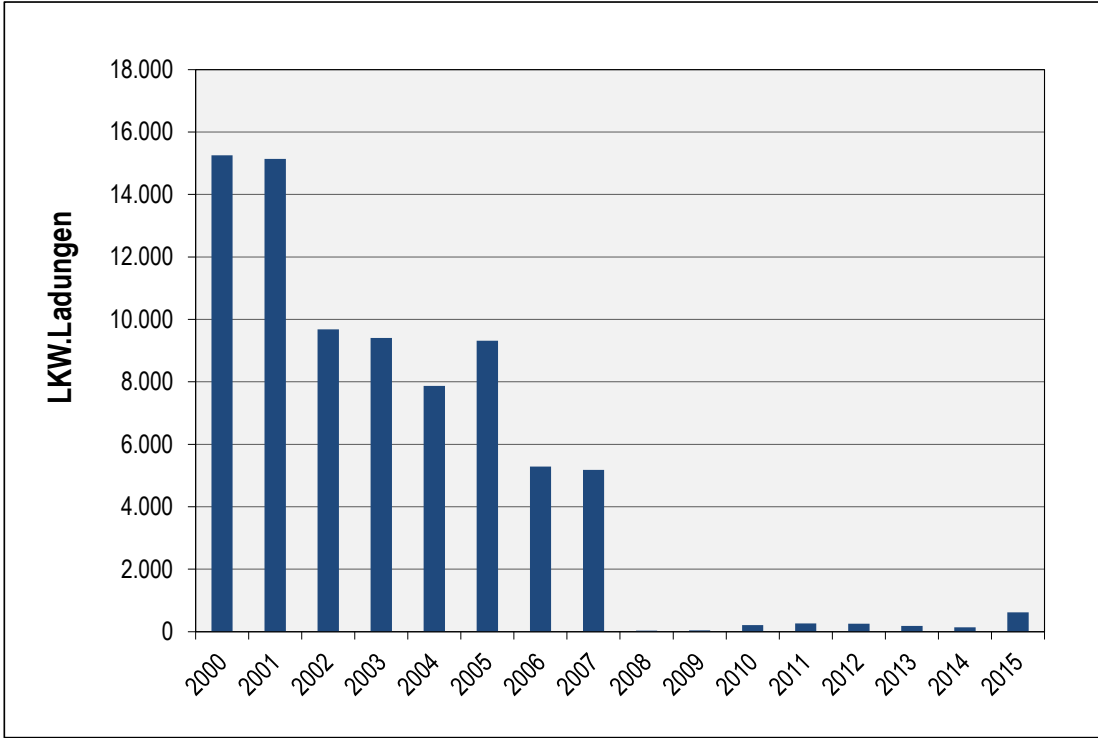
Abbildung 2.4. Einfuhren nach Gaza: Durchschnittliche Anzahl der monatlichen Lkw-Ladungen, 2015



Quelle: OCHA, Gaza Crossings Activities Database (2016a); PALTRADE, *Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report*, Dezember 2009 bis Januar 2010 (Daten bis Dezember 2009) (2010).

52. Die Ausfuhren aus Gaza stiegen von gerade einmal 93 Lkw-Ladungen im Jahr 2014 auf 621 in 2015 (siehe Abbildung 2.5). Weitere 730 Lkw-Ladungen mit Gütern wurden von Gaza ins Westjordanland ausgeführt. Die zugelassenen Ausfuhren umfassten bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, Möbel und Bekleidung. Trotz der relativen Lockerung der Politik in Bezug auf die Genehmigung von Ausfuhren aus Gaza bleibt der Gesamtumfang nur ein winziger Bruchteil der mehr als 15.000 Lkw-Ladungen, die im Jahr 2000 ausgeführt wurden. Mehr als acht Jahre der Blockade und drei Kriege haben die ohnehin begrenzten Produktionsgrundlagen so gut wie vollständig zunichte gemacht, und ihre Wiederherstellung ist eine Voraussetzung für dauerhaftes Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen jenseits der kurzfristigen Wiederaufbauphase. Obwohl in den produktiven Sektoren Landwirtschaft und Fertigung während des jüngsten Konflikts Schäden und Verluste in Höhe von schätzungsweise 602 Millionen US-Dollar anfielen, waren bis Ende März 2016 nur 15 Millionen US-Dollar an Auszahlungen von den auf der Konferenz in Kairo gemachten Zusagen in den Bedarf dieser Sektoren geleitet worden (UN, 2016; Weltbank 2016a). Die chronische Energie- und Wasserknappheit, die tägliche Stromausfälle von 12 bis 16 Stunden mit sich bringen (UN, 2016), begrenzen die produktive Kapazität und die wirtschaftliche Entwicklung weiter und haben unmittelbare negative Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen. Wie die Vereinten Nationen hervorheben, „kann der Wiederaufbau von Gaza auf den Stand von vor Juli 2014 nicht das abschließende Ziel sein“ (ebd. S. 16). Die Wiederaufbaubemühungen sind willkommen, bleiben jedoch beschränkt und sind kein Ersatz für eine umfassende Aufhebung der Sperrungen.

Abbildung 2.5. Ausfuhren aus Gaza: Jährliche LKW-Ladungen insgesamt, 2000-15



Quelle: OCHA, Gaza Crossings Activities Database (2016a).

3. Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der anhaltenden Besatzung: Ein Realitätscheck

Anhaltende Ausweitung und Konsolidierung der Siedlungen

53. Die Siedlungsaktivität im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, bleibt ein grundlegendes Hindernis für die Verwirklichung der Rechte palästinensischer Arbeitnehmer und die Entwicklung einer lebensfähigen palästinensischen Wirtschaft.⁸ 2015 setzte Israel die Erweiterung bestehender Siedlungen im Westjordanland fort und billigte Pläne für neue. Während sich die Planung neuer Wohneinheiten in Siedlungen im Westjordanland und Ostjerusalem verlangsamte, wurde die Bautätigkeit fortgesetzt. Laut neueren Daten von der nichtstaatlichen Organisation Peace Now begann 2015 der Bau von 1.800 Wohneinheiten – 1.547 festen Gebäuden und 253 mobilen Einheiten. Dies war weniger als im Jahr 2014, aber mehr als in den zwei Jahren davor. Etwa 60 Prozent dieser neuen Bautätigkeit fand zwischen der Grünen Linie und der Sperrmauer statt (Peace Now, 2016).

54. Die Infrastruktur für den Bau von mindestens weiteren 734 Wohneinheiten wurde entwickelt und der Bau dieser Einheiten soll bald beginnen. Zusätzliche 63 öffentliche Gebäude und 42 industrielle oder landwirtschaftliche Gebäude wurden errichtet. Peace Now berichtete auch über die Veröffentlichung von Ausschreibungen für 1.143 neue Wohneinheiten: 583 Einheiten in Ostjerusalem und 560 Einheiten im Westjordanland. Der Hohe Planungsausschuss billigte, dass die Pläne für 348 neue Wohneinheiten öffentlich ausgelegt und dem Verteidigungsminister zur Genehmigung unterbreitet werden sollen (Peace Now, 2016).

55. Im Kontext des Friedensplans von 2003 verpflichtete sich die israelische Regierung, alle Siedlungsaktivitäten (einschließlich des natürlichen Wachstums von Siedlungen) einzustellen und alle Außenposten abzubauen, die Keimzelle einer Siedlung und sogar nach israelischem Recht illegal sind. Trotzdem wurden neue Außenposten errichtet und rückwirkend legalisiert. Drei der 2015 gebilligten Pläne waren Teil eines Prozesses mit dem Ziel, die Außenposten Elmatan, Sansana und Shvut Rachel rückwirkend zu legalisieren und ihnen Siedlungsstatus zu gewähren. Es gibt jetzt ungefähr 100 nicht genehmigte Außenposten (Yesh Din, 2016; Peace Now, 2016). Nach Schätzungen von Peace Now wurden 15 Prozent der neuen Wohneinheiten in Außenposten errichtet. In der Praxis ermuntern die Aussichten auf die rückwirkende Genehmigung zum Bau solcher Außenposten.

56. 2016 unternahm Israel weitere Schritte, die die Erweiterung von Siedlungen ermöglichen: 2.342 Dunams (579 Morgen)⁹ Land südlich der Stadt Jericho wurden eingezogen und zu „staatlichem Land“ erklärt, die größte Enteignung dieser Art durch Israel seit August 2014 (Haaretz, 2016; UN, 2016). Zudem wurden Baupläne im Gebiet E-1¹⁰ nahe der Siedlung Ma’ale Adumim, die eine Direktverbindung zwischen Jerusalem und der Siedlung im Westjordanland schaffen würden, offensichtlich erneuert (Haaretz, 2015a).

⁸ Die Illegalität der Siedlungen nach dem Völkerrecht wurde vom Internationalen Gerichtshof, von den Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bekräftigt (siehe IGH, 2004; HVP, 2001; bzw. UN, 1980) bekräftigt.

⁹ Ein Dunam entspricht 0,1 Hektar.

¹⁰ Das „Gebiet E-1“ ist der Landstrich zwischen Jerusalem und der Siedlung Ma’ale Adumim.

57. Die aktuelle Zahl israelischer Siedler im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, wird auf 550.000 bis 650.000 geschätzt (die Zahlen aus unterschiedlichen Quellen weichen voneinander ab). Im Gebiet C des Westjordanlands wächst die Zahl der Siedler rascher als die Zahl der Palästinenser und übersteigt diese mittlerweile. Schätzungen zufolge gibt es mindestens 200.000 Siedler in Ostjerusalem.

Eskalation der Gewalt im Westjordanland

58. Seit dem Sommer 2015 und insbesondere seit Ende Oktober blieben aufgrund von Gewaltausbrüchen zwischen Palästinensern und Siedlern sowie israelischen Sicherheitskräften die Spannungen in Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, hoch. Durch die Angriffe und die Reaktion darauf kamen immer mehr Menschen ums Leben beziehungsweise wurden verwundet. Im Jahr 2015 registrierte das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) die Tötung von 127 Palästinensern und 23 Israelis bei Angriffen und Zusammenstößen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und in Israel (OCHA, 2016c). In den ersten drei Monaten von 2016 wurden 52 Palästinenser durch israelische Truppen und vier Israelis durch Palästinenser getötet. 2015 wurden mehr als 13.500 Palästinenser und knapp 350 Israelis verletzt. Im ersten Quartal 2016 wurden mehr als 1.400 Palästinenser und mehr als 50 Israelis verletzt (OCHA, 2015a; OCHA, 2016c). Anlass zu großer Besorgnis gibt die Zahl der an den Angriffen beteiligten Kinder: In den ersten zwei Monaten von 2016 waren neun der mutmaßlichen palästinensischen Täter, die Angriffe verübten und auf der Stelle erschossen wurden, Kinder. Viele der Palästinenser wurden in Verbindung mit angeblichen Messerangriffen oder Angriffen durch Rammen mit einem Fahrzeug getötet (OCHA, 2016b).

59. Bei einem Brandanschlag durch Siedler auf die Familie Dawabsha im palästinensischen Dorf Duma im Juli 2015 kamen drei der vier Familienmitglieder ums Leben. Obwohl dieser Angriff von der palästinensischen und der israelischen Führung nachdrücklich verurteilt wurde, zog er im August weitere Gewalt nach sich, die dann im Oktober 2015 deutlich eskalierte. Im gesamten Westjordanland breiteten sich Proteste und Konfrontationen aus, von denen Ostjerusalem und das Gouvernement Hebron am stärksten betroffen waren (UN, 2015b; OCHA, 2015b; OCHA, 2015c).

60. Die Eskalation von Gewalt und Spannungen resultierten in verschärften Beschränkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb von und zwischen Städten. Zusätzliche Sperren wurden verhängt, die den Zugang von Palästinensern zu Arbeitsstätten, Basisdiensten und Bildungseinrichtungen verhinderten. In der Stadt Hebron mussten 4.200 Kinder mindestens einen Kontrollpunkt des Militärs passieren und sich kontrollieren und durchsuchen lassen, um ihre Schulen zu erreichen (OCHA, 2015b).

61. Die israelischen Behörden nahmen die Praxis der Zerstörung von Wohnhäusern von Personen als Strafmaßnahme wieder auf, die an Angriffen beteiligt waren oder dessen verdächtig wurden. Zwischen Oktober 2015 und März 2016 wurden von den israelischen Sicherheitskräften 30 palästinensische Gebäude zerstört, wodurch 188 Palästinenser, darunter 90 Kinder, vertrieben wurden (UN, 2016). Die Zerstörung von Gebäuden, die durch humanitäre Hilfe bereitgestellt wurden, nahm stark zu, und infolgedessen hatten humanitäre Organisationen beträchtliche Schwierigkeiten, Bedürftigen Unterstützung zukommen zu lassen (ebd.).

62. Ferner wurden die Praktiken der Eintragung in schwarze Listen und der Zurücknahme von Genehmigungen einschließlich des Entzugs von Arbeitsgenehmigungen von Familienmitgliedern von Personen fortgesetzt, die beschuldigt wurden, an Angriffen

beteiligt gewesen zu sein (MachsomWatch, 2015). Gleiches gilt für die Praxis, Palästinenser auf unbestimmte Zeit oder auf Dauer in israelischen Gefängnissen in Verwaltungshaft zu nehmen, und nach einer vierjährigen Unterbrechung wurden wieder Verwaltungshaftanordnungen gegen Kinder erlassen. Im September 2015 begann Israel auch wieder damit, als eine Strafmaßnahme die Aufenthaltsgenehmigung von Palästinensern in Ostjerusalem zu widerrufen (UN, 2016).

63. Die Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser, vor allem in Ostjerusalem, Hebron und Nablus, nahm während des gesamten Jahres 2015 zu. Sie resultierte in 89 palästinensischen Todesopfern und 132 Beschädigungen von Eigentum oder Land im Jahr 2015. Im ersten Quartal 2016 belief sich die Zahl der palästinensischen Todesopfer auf 11, und in 19 Fällen wurde Eigentum beschädigt (OCHA, 2016c).

Die Situation in Gaza

64. Trotz der relativen Ruhe in Gaza in der letzten Zeit bleibt die Menschenrechtssituation dort unter dem Einfluss der Belagerung, anhaltender interner Kontrolle durch die De-facto-Behörden und der verzweifelten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sehr prekär. Es kommt weiterhin zu Fällen, bei denen Palästinenser getötet oder verletzt werden, wenn sie zugangsbeschränkte Gebiete betreten oder sich solchen nähern. Die Mission wurde darüber informiert, dass israelische Soldaten das Feuer auf Arbeitnehmer in Pufferzonen eröffnen. Bauern wurden verletzt, als sie auf ihr Land gingen, und Fischer wurden schikaniert oder in Haft genommen, oder ihre Boote wurden beschlagnahmt. Für 2015 registrierte das OCHA 25 durch israelische Truppen bewirkte Todesfälle von Palästinensern, von denen sich 23 bei Zusammenstößen im Grenzgebiet im letzten Quartal des Jahres ereigneten. Es gab auch 1.375 Fälle von Verletzungen. Für die ersten drei Monate von 2016 wurden fünf Todesfälle von Palästinensern und 102 Fälle von Verletzungen gemeldet (ebd.).

Gewalt und mehr Beschränkungen in Ostjerusalem

65. Die Besetzung hat weiterhin drastische negative Auswirkungen auf das Leben von ungefähr 270.000 Palästinensern mit Daueraufenthaltsstatus in Ostjerusalem. Dieser Daueraufenthaltsstatus wird ständig überprüft, und für Palästinenser, die nicht in Ostjerusalem wohnen, ist es schwierig, eine Genehmigung zum Betreten der Stadt zu erhalten. Die Sperrmauer beeinträchtigt schwerwiegend den Zugang zu den öffentlichen Diensten und den Gesundheitsdiensten mehrerer palästinensischer Gemeinden innerhalb der durch Israel definierten Stadtgrenzen. Mehrere tausend Palästinenser in Ostjerusalem sind vom Stadtzentrum abgeschnitten und müssen täglich stark frequentierte Kontrollstellen passieren, um Zugang zu Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und anderen Diensten zu erhalten. Die Versorgung mit öffentlichen Diensten einschließlich der Wasserversorgung geht in diesen Gemeinden immer weiter zurück. Weniger als zwei Drittel der Haushalte sind richtig an das Wassernetz der Stadt angeschlossen (ACRI, 2015).

66. Viele Wohnungen in Ostjerusalem wurden ohne Genehmigungen errichtet, weil diese fast unmöglich zu bekommen sind. Nur 7 Prozent der Baugenehmigungen für Jerusalem entfallen auf palästinensische Stadtviertel. Von den 158 Baugenehmigungen, die 2015 für Stadtviertel in Ostjerusalem erteilt wurden, entfielen mehr als zwei Drittel ausschließlich auf das Stadtviertel Beit Hanina. Nur 51 Genehmigungen wurden für alle restlichen palästinensischen Stadtviertel erteilt (Haaretz, 2015b). Die israelische Flä-

chennutzungspolitik begrenzt das natürliche demografische Wachstum, Investitionen und den Bau von Schulen. Viele palästinensische Schüler schließen die Sekundarstufe nicht ab, und Armut und Jugendarbeitslosigkeit haben in Ostjerusalem weiter zugenommen. Mehr als 75 Prozent der Einwohner von Ostjerusalem lebten 2013 unter der Armutsgrenze (ACRI, 2015).

67. Die in Ostjerusalem eskalierte Gewalt wurzelt in einem Gefühl von Frustration und Hoffnungslosigkeit, insbesondere unter jungen Palästinensern, das durch sozioökonomische Disparitäten noch verstärkt wird. Die verschärften Sicherheitskontrollen und Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs, sich verschlechternde Aussichten auf menschenwürdige Beschäftigung und eine weitergehende Abtrennung palästinensischer Stadtviertel von Ostjerusalem – all dies hat zu der Zunahme der Spannungen beigetragen. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit wurden in der ersten Hälfte von 2015 gelockert, insbesondere im muslimischen Fastenmonat, nach den gewaltsamen Vorfällen im Westjordanland jedoch wieder verschärft.

68. Die Befürchtung, der Status quo der Al-Aqsa-Moschee werde nicht eingehalten, mündete ebenfalls in mehr Gewalt. Im Oktober 2015 und im März 2016 verhängte Israel weitere Beschränkungen des Zugangs zur Moschee für Palästinenser. Auf vielen Straßen Ostjerusalems wurden Straßensperren und Kontrollstellen eingerichtet. Auch wenn einige seitdem wieder abgebaut wurden, beeinträchtigen Durchsuchungen und Kontrollstellen weiterhin einzelne Geschäfte, insbesondere in der Altstadt, und behindern den Zugang zu Arbeitsstätten, Diensten, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie heiligen Stätten (OCHA, 2015c).

69. Die Mission besuchte die Altstadt von Ostjerusalem und kam mit palästinensischen Ladenbesitzern zusammen, deren Geschäfte in vielen Fällen seit mehreren Generationen im Besitz ihrer Familien waren. Die Palästinensische Behörde hat immer noch keine Hoheitsgewalt über Ostjerusalem. Die Handelskammer von Jerusalem mit ihren 1.400 Mitgliedern wurde 2015 wiedereröffnet, im Februar 2016 auf Anordnung jedoch erneut geschlossen. Infolgedessen kann sie ihren Mitgliedern keine Dienstleistungen und Unterstützung bieten. Die israelischen Versuche, die Identität der Altstadt zu verändern und palästinensische Stadtviertel von Jerusalem abzutrennen, bedrohen palästinensische Geschäfte und die Lebensgrundlagen der Palästinenser. Ladenbesitzer berichteten über regelmäßige Schikanierung durch Polizei und Siedler, und viele Geschäfte kämpfen um das Überleben. Die Mission wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass wegen der sich verschlechternden Lage bereits 70 Souvenirläden geschlossen wurden.

Zugang zu Land und Ressourcen

70. Der Zugang zu Land, Wasser und Ressourcen ist für die palästinensische wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Lebensgrundlagen und Beschäftigungsmöglichkeiten der Palästinenser unentbehrlich. Die Landwirtschaft ist ein integraler Teil palästinensischen Lebens, und viele Gemeinschaften einschließlich der Beduinen sind auf Viehzucht und kleinbäuerliche Aktivitäten sowie Land und natürliche Ressourcen im Gebiet C angewiesen. Der Ausbau und die Verfestigung der Siedlungen beeinträchtigen weiterhin alltäglich die Lebensgrundlagen palästinensischer Männer und Frauen, weil solche Siedlungen nicht nur zu Wohnzwecken dienen, sondern auch Industriegebiete und landwirtschaftliche Betriebe umfassen, unterstützt von entsprechender Infrastruktur um sie herum. Außerdem verfügen Letztere in vielen Fällen über das fruchtbarste Land und wichtige Wasserressourcen. Hinzu kommt, dass zu staatlichem Land erklärte Flächen im Gebiet C im Allgemeinen unter das Siedlungsrecht gestellt werden oder entweder als

Militär- oder Naturschutzgebiet ausgewiesen werden und somit für Palästinenser nicht zur Verfügung stehen.

71. Teile des fruchtbarsten palästinensischen Agrarlands liegen in der so genannten „Randzone“ zwischen der Grünen Linie und der Sperrmauer. Eine Genehmigung für den Zugang zur Randzone zu bekommen, ist jedoch kostspielig, und Genehmigungen werden vielfach verweigert. Tore können geschlossen sein, und Bauern haben Schwierigkeiten, Landmaschinen durch die Sperrmauer zu transportieren.

72. Israel übt nach wie vor uneingeschränkt Kontrolle über die Sicherheit, Planung und Flächennutzung im Gebiet C aus, und die Vorschriften und die Praxis in diesem Gebiet sind weiterhin höchst restriktiv (UN, 2015a). Planungsentscheidungen haben dazu geführt, dass Palästinenser und palästinensische Gemeinden Landbesitzrechte verloren haben. Auf der palästinensischen Seite befinden sich insgesamt 108 Pläne, die 116 Gemeinden betreffen, in verschiedenen Bearbeitungsstadien. Bislang wurden 85 Pläne bei der israelischen Verwaltung eingereicht. Nur drei Pläne wurden genehmigt, keiner davon im Jahr 2015. Das komplizierte Planungs- und Genehmigungssystem macht es für palästinensische Einwohner im Gebiet C und in Ostjerusalem weiterhin so gut wie unmöglich, Baugenehmigungen für Wohnhäuser und notwendige Bauten wie Brunnen und Ställe zu erhalten.

73. 2015 wurden im Gebiet C 447 und in Ostjerusalem 74 Bauten im Besitz von Palästinensern abgerissen, wodurch 712 Personen vertrieben wurden. Die überwiegende Zahl der Abrisse war auf fehlende Baugenehmigungen zurückzuführen. Diese Praxis beschleunigte sich im ersten Quartal von 2016, für das das OCHA 516 Abrissfälle im Gebiet C und 56 in Ostjerusalem verzeichnete, die zur Vertreibung von 818 Palästinensern führten (OCHA, 2016d).¹¹ Die Zerstörung von Bauten, die durch humanitäre Hilfe bereitgestellt wurden, nimmt weiter zu. In den ersten zwei Monaten von 2016 wurden 108 Bauten, die durch Hilfsorganisationen bereitgestellt wurden, von den israelischen Behörden zerstört, fast so viele wie die Zahl solcher Zerstörungen im gesamten Jahr 2015 (OCHA, 2016b).

74. Die israelische Kontrolle über die Wasserzuteilung umfasst die Befugnis, Bohrungen durch Palästinenser sowie die Instandsetzung von und Investitionen in Wasserinfrastruktur zu verbieten. Die Aneignung von Wasserressourcen für Siedlungen hatte 2013 zu der Situation geführt, dass der Wasserverbrauch der mehr als 500.000 Siedler im Westjordanland sechsmal höher war als der der 2,6 Millionen Palästinenser (Al-Haq, 2013). In einem Kontext erheblicher Hindernisse dafür, Genehmigungen für den Bau von Brunnen oder kleinen Dämmen zum Sammeln und Speichern von Wasserressourcen für Trinkwasser und Bewässerung zu bekommen, ist Wasserknappheit für viele palästinensische Bauern akut geworden (UNCTAD, 2015). Die einzige Möglichkeit für Bauern ist, ohne eine Baugenehmigung vorzugehen und dabei die wiederholte Zerstörung von landwirtschaftlichen Bauten und Anlagegütern, Brunnen, Wasserrohren, Dorfstraßen und Bewässerungssystemen zu riskieren.

75. Von Viehhaltung lebenden Gemeinschaften im gesamten Gebiet C, hauptsächlich im Jordantal, droht weiterhin die Zerstörung oder die Androhung der Zerstörung von Wohnhäusern, Tierställen und grundlegender Infrastruktur, die ohne Genehmigung errichtet wurden. Wegen israelischer Militärübungen sind sie auch von zeitweiliger Vertreibung und Beschränkungen des Zugangs zu Weideland betroffen (OCHA; 2016b). Beispielsweise wurden in der Hirtengemeinde Khirbet Tana (nahe Nablus), die in einem als „Schießzone“ für Militärübungen ausgewiesenen Gebiet liegt, 34 Bauten zerstört,

¹¹ Daten berücksichtigt bis 11. April 2016.

wodurch 69 Palästinenser vertrieben wurden, darunter 49 Kinder. In fünf Beduinengemeinden in einem Gebiet, das für die Erweiterung der Siedlung Ma'ale Adumim zugeteilt worden war (Siedlungsplan für das Gebiet E-1), durch die ein kontinuierlich bebautes Gebiet zwischen dieser Siedlung und Ostjerusalem entstehen würde, wurden 14 Bauten zerstört (OCHA, 2016d).

Die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen

76. In Israel tätige palästinensische Arbeitnehmer werden durch die israelischen Arbeitsgesetze und Gesamtarbeitsverträge geschützt. Wie die Mission während des Besuchs auf einer Baustelle nahe Tel Aviv und am Grenzübergang Qalqilya im Westjordanland jedoch feststellte, muss weiterhin dafür gesorgt werden, dass palästinensische Arbeitnehmer ihre Arbeitnehmerrechte in der Praxis wahrnehmen können. Hierunter fällt auch die Zahlung des Mindestlohns und von Leistungen der sozialen Sicherheit. An den Grenzübergangsstellen nach Israel sind palästinensische Arbeitnehmer häufig mit harschen Bedingungen und Schikanierung konfrontiert. Wegen der Sicherheitskontrollen und langer Warteschlangen an Übergängen kann es sein, dass selbst Arbeitnehmer, die aus Dörfern nahe der Übergänge kommen, vier oder fünf Stunden brauchen, um ihre Arbeitsstätten in Israel zu erreichen. Die israelischen Gesprächspartner der Mission räumten ein, dass die Wartezeit für Arbeitnehmer an den Übergängen verkürzt werden muss, insbesondere angesichts der kürzlich vorgenommenen Erhöhung der Zahl der Arbeitsgenehmigungen

77. Viele palästinensische Arbeitnehmer sind weiterhin darauf angewiesen, dass Vermittler ihnen Arbeit in Israel besorgen, was die Mission bereits in den Vorjahren festgestellt hatte. Zusätzlich zu dem Preis, den sie für eine Arbeitsgenehmigung zahlen müssen, können sie von Ausbeutung durch mehrere Vermittler, Schikanierung und Gewalt sowie Inhaftierung und der Eintragung in schwarze Listen betroffen werden. Der Mission wurde berichtet, dass manche Vermittler Genehmigungen gleich mehrfach nutzen. Bei dieser Praxis wird eine einzige Genehmigung nacheinander an mehrere Arbeitnehmer ausgegeben, die nach Israel durch eine der 34 landwirtschaftlichen Passierstellen entlang der Sperrmauer einreisen, an denen die Sicherheitskräfte weniger präsent sind.

78. Die Zahlung von Löhnen bleibt ein großes Problem. Die Abteilung für Zahlungsverkehr der Einwohner- und Einwanderungsbehörde im israelischen Innenministerium stellt israelischen Arbeitgebern Beschäftigungsgenehmigungen aus, berechnet Abzüge einschließlich Sozialversicherungsabzügen vom Bruttolohn und stellt Lohnabrechnungen aus. Nachdem im Bericht des Präsidenten des israelischen Rechnungshofs von 2014 auf schwerwiegende Unregelmäßigkeiten in der Arbeitsweise der Abteilung für Zahlungsverkehr hingewiesen wurde (State Comptroller of Israel, 2014), wurde ein Korrekturprozess eingeleitet. Die Realität vor Ort sieht jedoch so aus, dass viele im Baugewerbe beschäftigte Palästinenser aufgrund fehlerhafter Lohnabrechnungen nicht in den vollen Genuss ihrer Rechte kommen. Die meisten Klagen vor Gericht von Arbeitnehmern im Baugewerbe betreffen die Struktur der Lohnabrechnungen und die Lohnzahlungsmethode, wovon sowohl palästinensische Arbeitnehmer als auch israelische Arbeitgeber betroffen sind (Histadrut, 2016).

79. Der PGFTU und der Histadrut haben positive Schritte unternommen, um das Bewusstsein der Arbeitnehmer zu schärfen und ihre Kooperation zu stärken, insbesondere im Baugewerbe. Der PGFTU informiert in seinem Büro am Grenzübergang Qalqilya Arbeitnehmer über ihre Rechte in Israel. Bislang wurden von Arbeitnehmern an dem Übergang 86 Verfahren angestrengt, von denen 64 abgeschlossen sind. Die

74 Koordinatoren des PGFTU, davon 20 Frauen, nehmen von Arbeitnehmern täglich Bitten um Auskünfte und Beschwerden entgegen. Der PGFTU hat eine Hotline eingerichtet und erweitert seine juristische Kapazität, um Beschwerden von Arbeitnehmern in Israel insbesondere aus dem Baugewerbe bearbeiten zu können.

80. Eine positive Entwicklung ist das Inkrafttreten des zwischen dem Verband israelischer Bauunternehmer und der dem Histadrut angeschlossenen Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter geschlossenen Gesamtarbeitsvertrags am 1. November 2015 nach der Veröffentlichung einer Verordnung, mit der seine Gültigkeit auf das gesamte Baugewerbe ausgeweitet wurde (Histadrut, 2015). Der Vertrag sieht einen Beschwerdeausschuss vor, der für Streitigkeiten zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber zuständig ist. Dieser muss jetzt obligatorisch angerufen werden, bevor ein Fall vor das Arbeitsgericht gehen kann. Zusätzlich zum Histadrut kann auch ein Vertreter der PGFTU an Sitzungen des Beschwerdeausschusses teilnehmen. Beim PGFTU eingegangene Beschwerden werden zur Bearbeitung an den Histadrut weitergeleitet. Der Beschwerdeausschuss soll Beschwerden rasch bearbeiten, damit langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren vermieden werden können. Bis April 2016 waren beim Histadrut 130 Beschwerden von palästinensischen Arbeitnehmern eingegangen, und es ist wahrscheinlich, dass ihre Zahl zunehmen wird. Auf der Sitzung des Ausschusses, die während der Zeit der Mission stattfand, befasste er sich mit 20 Fällen.

81. Palästinensische Arbeitnehmer sind in den israelischen Siedlungen weiterhin mit schwierigen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Frauen aus dem Flüchtlingslager Balata außerhalb von Nablus, die in Fabriken in einer nahegelegenen Siedlung arbeiten, waren davon betroffen, dass ihre Löhne durch Vermittler mehr als halbiert wurden. Weil sie 90 NIS an die Vermittler zahlen müssen, die sie zur Fabrik transportieren und dort wieder aufnehmen, kehren sie mit einem Tageslohn von 60 NIS nach Hause zurück. Außerdem können Arbeitgeber durch Rotation der Frauen zwischen Fabriken in Siedlungen vermeiden, Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Die Mission erhielt erneut Informationen, dass in den Siedlungen im Jordantal Kinderarbeit weiterhin ein Problem darstellt.

82. Angesichts des Umstands, dass immer mehr palästinensische Frauen und Männer in den Siedlungen arbeiten, wirft die Verwirklichung ihrer Rechte komplexe Probleme auf. Durch die Abhängigkeit der Palästinenser von Genehmigungen und Vermittler für Arbeit in den Siedlungen entsteht ein Umfeld, das Missbrauch begünstigt. Die Palästinensische Behörde kann Arbeitnehmerprobleme im Gebiet C nicht lösen, und das israelische Arbeitsrecht gilt dort nicht. Die israelischen gesetzlichen Bestimmungen zum Mindestlohn wurden durch militärische Erlasse auf die Siedlungen ausgeweitet. 2014 beschloss eine interministerielle Arbeitsgruppe, die Ausweitung der Durchsetzung des Arbeitsrechts und der gesetzlichen Bestimmungen zu Löhnen, Arbeitszeit, Krankengeld und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses durch militärische Erlasse auf die Siedlungen zu prüfen. Entscheidungen wurden jedoch nicht getroffen.

4. Der lange Weg zum Ziel: Stärkung der Arbeitsmarktsteuerung und der Institutionen

83. Wie im Palästinensischen Nationalen Entwicklungsplan 2014-16 dargelegt wird, bleiben der Aufbau palästinensischer Institutionen und die Förderung guter Regierungsführung wichtige Entwicklungsprioritäten, und es ist wahrscheinlich, dass ihnen in der zukünftigen Nationalen Planungsagenda 2017-22, die unter der Federführung des Premierministers ausgearbeitet wird, hoher Stellenwert eingeräumt wird. Steuerungsinstitutionen sind für die Entwicklung einer starken palästinensischen Gesellschaft und für die Stärkung des Engagements für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung und Staatsbürgerschaft von großer Bedeutung. Auch wenn diesbezüglich wichtige Schritte nach vorn unternommen wurden, bestehen signifikante interne und externe Beschränkungen fort.

84. Es wird verbreitet anerkannt, dass die nationale Einheit eine Voraussetzung für die Entwicklung eines kohärenten und wirksamen Aufbaus von Institutionen und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ist, wie dies im Palästinensischen Nationalen Entwicklungsplan zum Ausdruck gebracht wird. Während des letzten Jahres wurden Fortschritte bei der Verbesserung der Arbeitsmarktsteuerung erzielt, insbesondere durch die Annahme des Gesetzes über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, und bei der Einbindung der Sozialpartner in Gaza und im Westjordanland in den dreigliedrigen sozialen Dialog.

Menschenwürdige Arbeit und Menschenrechte

85. Menschenwürdige Arbeit wird allgemein als ein wirksames Mittel für die Entwicklung anerkannt, auch für diejenige fragiler Länder und Territorien. Eine Fülle von Erkenntnissen zeigt, dass die Anwendung der Grundsätze menschenwürdiger Arbeit hilft, aus Fragilitätszyklen auszubrechen, Krisen zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt wiederherzustellen (GIZ, 2015; Jütersonke und Kobayashi, 2015; Weltbank, 2011). Insofern gilt menschenwürdige Arbeit zunehmend als ein Puffer und ein Mittel gegen die Radikalisierung von Jugendlichen und sich selbst fortsetzende Zyklen von Gewalt (UN, 2016). Dies spiegelt das Palästinensische Programm für menschenwürdige Arbeit 2013-16 wider, das sich auf Fortschritte in den Bereichen Arbeitsmarktsteuerung und Arbeitnehmerrechte, Beschäftigung und Lebensgrundlagen sowie sozialer Schutz konzentriert. Die Fortschritte und Errungenschaften dieses Programms werden derzeit überprüft, um seine Wirkung zu beurteilen und sich auf eine Ausweitung oder eine zweite Phase vorzubereiten.

86. Nach dem palästinensischen Beitritt zu einer Reihe internationaler Menschenrechtsverträge bemühte sich die IAO gemeinsam mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) um die Durchführung von Schulungen, um die zuständigen Fachministerien mit den arbeitsbezogenen Bestimmungen im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und in anderen Verträgen einschließlich Bestimmungen in Bezug auf das Recht auf Arbeit und sozialen Schutz vertraut zu machen. Die Maßnahmen zur Schaffung von Kapazität dienten dazu, Orientierungshilfe für die Umsetzung dieser Bestimmungen und die Berichterstattung darüber zu bieten und die Integration einer Menschenrechtsdimension in die Arbeit der Palästinensischen Behörde zu unterstützen, die jetzt begonnen hat, ihre Berichte an die Menschenrechtsvertragsorgane auszuarbeiten.

Förderung von Arbeitnehmerrechten und verbesserter Arbeitsmarktsteuerung

87. 2015 wurden Verfahrensschritte auf dem Weg zu einer wirksamen Reform des Arbeitsrechts abgeschlossen, und derzeit kommt der Dialog über zentrale Probleme, Herausforderungen und geeignete gesetzgeberische Lösungen gut voran. Im Dezember 2015 kamen die elf im Rahmen der Nationalen Arbeitsgruppe für die Arbeitsrechtsreform gebildeten Fachausschüsse zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Ihr Ziel ist, bis Ende 2016 Grundsatzpapiere zu Fragen der Gesetzgebung in ihren jeweiligen Fachgebieten auszuarbeiten.

88. Diskussionen über die geplante Überarbeitung des Gewerkschaftsgesetzes wurden 2015 und Anfang 2016 fortgeführt, und über die Hauptbereiche, die berücksichtigt werden müssen, wurde Einvernehmen erzielt. Der PGFTU begann einen Dialog mit anderen nationalen Gewerkschaftsorganisationen und bildete einen Koordinierungsausschuss, um eine einheitliche Gewerkschaftsposition zu dem Gesetzentwurf vorzulegen.

89. Die nationale Arbeitsschutzpolitik und das nationale Arbeitsschutzprogramm, die 2014 mit Unterstützung der IAO ausgearbeitet wurden und sich auf das Übereinkommen (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981, und das Übereinkommen (Nr. 187) über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz, 2006, stützen, werden derzeit auf der Ebene des Kabinetts überprüft, das erörtern wird, wie es umgesetzt werden soll und was seine finanziellen Konsequenzen sind. Im Anschluss daran werden die vor Ort tätigen Akteuren mehrere Pläne zur Umsetzung der Politik ausarbeiten müssen.

90. Im Bereich der Arbeitsaufsicht wurde die Kapazität durch die Einstellung zusätzlicher Arbeitsaufsichtsbeamter erweitert, und die IAO unterstützte eine Reihe gezielter Ausbildungsmaßnahmen. Die Zahl der Betriebsbesichtigungen wurde erhöht: 2015 konnten die Arbeitsaufsichtsteams des Arbeitsministeriums 5.180 Besichtigungen durchführen, was fünf Prozent der Unternehmen insgesamt entspricht, die der Arbeitsaufsicht unterliegen (PNA, 2015). Des Weiteren werden derzeit eine Besichtigungsdatenbank und Leitlinien für Arbeitsaufsichtsbeamte etabliert, was dem Ziel dient, ein nationales vereinheitlichtes System für die Dokumentation von Arbeitsunfällen aufzubauen.

91. Während des letzten Jahres lag der Schwerpunkt erneut auf dem Mindestlohn und seiner Durchsetzung. Aus der Arbeitskräfteerhebung geht hervor, dass 2015 39,3 Prozent der abhängig Beschäftigten im Privatsektor weniger als den palästinensischen Mindestlohn von 1.450 NIS verdienten. Diese Situation ist noch gravierender in Gaza, wo etwa 73 Prozent der Löhne von Arbeitnehmern unter dem Mindestlohn lagen (PCBS, 2016b).

92. 2015 führte die Arbeitsaufsichtskommission 115 Aufsichtskampagnen durch, die sich auf Probleme im Zusammenhang mit dem Mindestlohn konzentrierten und von konkreten Folgemaßnahmen in der Form von rechtlichen Schritten begleitet wurden, einschließlich 103 Fällen, die an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden (PNA, 2015). Die Bemühungen richteten sich insbesondere auf die Einhaltung der Mindestlohnbestimmungen durch Privatschulen und allgemeiner des Arbeitsrechts insgesamt. Das Arbeitsministerium überprüft derzeit den Mindestlohn mit Blick auf seine Anpassung in Übereinstimmung mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten in den letzten drei Jahren. 2015 wurde der dreigliedrige Dialog im Nationalen Lohnausschuss wieder aufgenommen, sowohl zur Aktualisierung des Mindestlohns als auch zur Verbesserung der Methode für seine Festlegung.

Beschäftigungsförderung

93. Hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Sekundarstufenabsolventinnen, im Kontext von Besatzung und wirtschaftlicher Stagnation trägt zu den Schwierigkeiten bei, mit denen junge Menschen beim Übergang vom Bildungswesen in den Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Palästinensische Behörde dabei zu unterstützen, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu erleichtern, insbesondere im Bereich der Qualifizierung, und den auf sie lastenden Druck zu verringern, Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor zu bieten, hauptsächlich durch die Entwicklung des Unternehmertums. Trotz der vielen Schwierigkeiten, mit denen der palästinensische Privatsektor konfrontiert ist, und seiner relativ geringen Größe erzielt er gute Ergebnisse, und börsennotierte Unternehmen weisen hohe Gewinne aus (OQ, 2016). Anhaltende Ungleichgewichte zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen und ein begrenztes Fachkräfteangebot in Branchen mit höherer Wertschöpfung bleiben jedoch Beschränkungen für die Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

94. Der Palästinensische Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz (PFESP), der ursprünglich mit dem Ziel der Förderung der Entwicklung von sozialem Kapital und Humankapital durch die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten zum Zweck der Verringerung der Armut und der Arbeitslosigkeit eingerichtet worden war, wurde 2011 wiederbelebt. Gemäß einer Verordnung des palästinensischen Ministerrats von 2014 ist er der Bezugspunkt und die Dachorganisation für alle Aktivitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Der PFESP wurde kürzlich gestärkt, indem die Mitarbeiterzahl erhöht wurde, Programme zur Schaffung von Kapazität durchgeführt wurden und seine Organisationsstruktur überarbeitet und verbessert wurde. Derzeit bietet er Programme zur Stellenvermittlung, Unternehmensberatungsdienstleistungen und Unterstützung für Unternehmer und Gründer an. Außerdem zielt er darauf ab, Arbeitslose durch Lohnsubventionen und Kredite zu besonders günstigen Bedingungen zu unterstützen. In der Strategischen Ausrichtung für 2016-18 des PFESP ist das Ziel enthalten, ein nachhaltigeres und längerfristiges Angebot an Finanz- und nichtfinanziellen Dienstleistungen aufzubauen (PFESP, 2016). Eine Partnerschaftvereinbarung zwischen der IAO und dem PFESP wird derzeit entwickelt, um das IAO-Ausbildungsprogramm im Bereich Unternehmertum Start and Improve Your Business durchzuführen. Außerdem hofft der PFESP, in den nächsten Monaten über Mikrofinanzinstitutionen ein Kreditgarantieprogramm für seine Darlehen an Existenzgründer und bestehende Unternehmen einzurichten.

95. Es bestehen derzeit viele Schwierigkeiten im Bereich der fachlichen und beruflichen Bildung und Ausbildung. Zu den Kernproblemen zählen ein Mangel an finanziellen, personellen und akademischen Ressourcen sowie die Wahrnehmung, dass es unwahrscheinlich ist, dass Bildung und Ausbildung gleichbedeutend mit einer Garantie für menschenwürdige Beschäftigung sind. Mit Unterstützung internationaler Entwicklungspartner wurde als Teil des Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplans eine integrierte Berufsausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie ausgearbeitet. Die Strategie umfasst die Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens, einen neuen Standard für die Lehrplanentwicklung und ein verbessertes Arbeitsmarktinformationssystem. Neuere Entwicklungen beim Höheren Rat für fachliche und berufliche Bildung und Ausbildung auf Initiative des Arbeitsministeriums sowie des Ministeriums für Bildung und Hochschulbildung im Februar 2016 dürften die Bemühungen um eine Reform des Systems begünstigen und eine Kultur der beruflichen und fachlichen Bildung fördern.

96. Neben Qualifizierung war die unternehmerische Ausbildung ein zentrales Element der Entwicklung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Kontext der Beschränkungen der Bewegungsfreiheit hat die Förderung des Unternehmertums an Bedeutung gewonnen,

zum Teil um junge Palästinenser zu ermutigen, als potenzielle Option für die Berufstätigkeit die Selbstständigkeit anzustreben. Mehrere Programme wie INJAZ (ein Teil von Junior Achievement Worldwide) und die IAO-Initiative für das Unternehmertum junger Menschen Know About Business werden auf der Sekundarstufe durchgeführt. Darüber hinaus bieten verschiedene Mikrofinanzinstitutionen nichtfinanzielle Unternehmensentwicklungsdienstleistungen einschließlich Ausbildung, Coaching und Existenzgründung. Bisher wurden mit dem Programm Know About Business 7.000 Schüler in dem Arbeitsministerium unterstehenden Berufsausbildungszentren und dem Ministerium für Bildung und Hochschulbildung unterstehenden berufsbildenden Sekundarschulen erreicht. Es wird in Kürze auch in Fachschulen sowohl im Westjordanland als auch in Gaza eingeführt.

Stärkung des sozialen Dialogs

97. Fortschritte beim sozialen Dialog sind wichtig für die Verbesserung der Effizienz des Aufbaus palästinensischer Institutionen. Dreigliedrige Ausschüsse waren entscheidend an der Ausarbeitung von Gesetzen und politischen Handlungskonzepten in Bereichen wie soziale Sicherheit, Beschäftigung und Rechte von Frauen, Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Löhnen, Invalidität und Arbeitsrechtsreform beteiligt. Dreigliedrige Diskussionen unterstützten die Entwicklung der neuen Arbeitsschutzpolitik und den Prozess der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Ein dreigliedriges nationales Team hat ebenfalls an der Überprüfung des Arbeitsrechts mitgearbeitet.

98. Die Mission nahm auch den zunehmenden und solideren zweigliedrigen Dialog zwischen dem PGFTU und dem Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) zur Kenntnis, trotz des Umstands, dass keine formelle oder institutionelle Struktur für einen solchen Dialog existiert. Beide Organisationen haben weiterhin Schwierigkeiten, Verbindung zu ihren Mitgliedern in Gaza zu halten. Es erfolgt jetzt eine regelmäßige Koordinierung zwischen der Leitung des FPCCIA und seinen fünf Mitgliedern der Kammer von Gaza, und Arbeitgeber aus dem Westjordanland und Gaza konnten in Jordanien zweimal zusammenkommen (im Oktober 2015 und im Februar 2016), um über den Entwurf für das Gesetz über soziale Sicherheit zu beraten. Die Kontakte zwischen dem PGFTU und seinem Büro in Gaza werden jedoch stärker auf einer Ad-hoc-Grundlage und aus der Ferne aufrechterhalten.

99. Die Arbeitsbeziehungen wurden durch einen Lehrerstreik im Westjordanland auf die Probe gestellt, der Mitte Februar begann und einen Monat dauerte. Eine Mehrheit der Lehrer an öffentlichen Schulen beteiligte sich und forderte eine Gehaltserhöhung sowie verbesserte Arbeitsbedingungen. Der Streik endete, nachdem eine Reihe von Forderungen einschließlich der nach einer Gehaltsanhebung erfüllt worden waren.

Die Ausweitung des sozialen Schutzes

100. Das Gesetz über soziale Sicherheit für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und ihre Familienangehörigen – das allererste seiner Art – wurde am 16. Februar 2016 vom palästinensischen Kabinett angenommen und am 7. März von Präsident Mahmoud Abbas unterzeichnet.¹² Der Rahmen dieses neuen nationalen Systems der sozialen Sicherheit wurde 2013 vom dreigliedrigen Nationalen Ausschuss für soziale Sicherheit entwickelt. Er basierte auf einer versicherungsmathematischen Studie der IAO, in der die

¹² Gesetz Nr. 6 von 2016 über soziale Sicherheit, *Amtsblatt*, 20. März 2016.

Systemparameter beurteilt wurden, um seine langfristige Tragfähigkeit sicherzustellen. Durch einen von der IAO geförderten partizipatorischen Ansatz wurde das neue System der sozialen Sicherheit in Konsultation mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, Regierungsvertretern und anderen Akteuren entwickelt.

101. Das System der sozialen Sicherheit, das auf der Grundlage des neuen Gesetzes eingerichtet werden soll, zielt darauf ab, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Es baut auf dem Rentensystem für den öffentlichen Dienst (Gesetz Nr. 7 von 2005 über den Eintritt in den Ruhestand im öffentlichen Dienst), dem Arbeitsgesetz (Nr. 7 von 2000), dem IAO-Übereinkommen (Nr. 102) über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, und anderen internationalen bewährten Beispielen für gute Praxis auf. Die IAO leistete in allen Phasen des Prozesses fachliche Unterstützung, auch bei der Entwicklung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen und der Ausarbeitung des Gesetzes bis zu seiner endgültigen Billigung durch den dreigliedrigen Nationalen Ausschuss für soziale Sicherheit im Oktober 2015. Nachdem der Ausschuss den Gesetzentwurf dem Ministerrat unterbreitet hatte, nahmen dieser und der Präsident noch Änderungen an gewissen zentralen Bestimmungen vor. Auf der nationalen Ebene wird eine Debatte über die Leitung der Institution der sozialen Sicherheit und die Höhe der Beitragssätze geführt.

102. Die IAO unterstützt weiterhin die Entwicklung eines umfassenden Systems der sozialen Sicherheit für palästinensische Arbeitnehmer und ihre Familien durch Programme zur Schaffung von Kapazität für dreigliedrige Mitgliedsgruppen zu Grundsätzen, Verwaltung und Finanzierung der sozialen Sicherheit, die ihre Rolle bei der Etablierung einer unabhängigen Institution der sozialen Sicherheit, die fest in den internationalen Arbeitsnormen verankert ist, weiter stärken wird. Die Mission erfuhr, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats bald ernannt werden sollen und die Palästinensische Behörde dabei ist, eine nationale Kampagne zur Aufklärung über das neue System der sozialen Sicherheit auf den Weg zu bringen.

103. Zur Ergänzung des neuen Systems der sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer im privaten Sektor und als Teil einer umfassenden Agenda für sozialen Schutz laufen außerdem Bemühungen der IAO in Abstimmung mit dem UN-System zur Förderung eines nationalen sozialen Basisschutzes, der eine grundlegende soziale Mindestsicherung für Personen garantieren soll, die aus der formellen Beschäftigung herausfallen.

Verbesserung der Teilhabe von Frauen

104. Die Stellung palästinensischer Frauen in der Gesellschaft bleibt problematisch, und die Förderung der Geschlechtergleichstellung im Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage sind zentrale Aspekte des nationalen Entwicklungsplans. Zu den Problemen zählen die niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen, bedeutende geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede und eine hohe Prävalenz von Frauen in der informellen Wirtschaft sowie sehr hohe Arbeitslosenquoten von Frauen, insbesondere jungen Absolventinnen.

105. Der Nationale Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen (NCWE) wurde ursprünglich vom Arbeitsministerium mit dem Ziel gebildet, durch die Verbesserung der Geschlechtergleichstellung in der Arbeitswelt die soziale Gerechtigkeit zu fördern, indem sichergestellt wird, dass Rechtsvorschriften, Maßnahmen und Programme angemessen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern eingehen. Seit Anfang 2015 haben die IAO und der NCWE bei ihrem Eintreten für geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigende Maßnahmen und Interventionen zur Schaffung von Kapazität enger zusammengearbeitet. Zwischen politischen Entscheidungsträgern,

Experten und Praktikern wurden Diskussionen über die Bedeutung der Beteiligung von Frauen an der palästinensischen Wirtschaft organisiert.

106. Anfang 2016 entwickelte der NCWE mit Unterstützung der IAO einen Leitfaden über die Rechte palästinensischer Frauen bei der Arbeit, der sich insbesondere an ländliche Arbeitnehmerinnen richten wird. Derweil diente 2015 in Gaza geleistete Arbeit der Unterstützung von Absolventinnen, auch solchen mit Behinderungen, beim Eintritt in den Arbeitsmarkt durch Qualifizierung, Weiterbildung und Ausbildung am Arbeitsplatz. Weibliche Haushaltsvorstände in ländlichen Teilen von Gaza wurden auch dabei unterstützt, ihre Geschäfte wiederherzustellen.

107. Die Gleichstellungsstelle des FPCCIA wirbt weiterhin bei Geschäftsfrauen in der informellen Wirtschaft und gibt ihnen die Möglichkeit, Vollmitglied zu werden. Maßgeschneiderte Dienstleistungen werden angeboten. Durch eine Partnerschaft mit dem Wirtschaftsministerium, Asala (dem Verband palästinensischer Geschäftsfrauen) und dem Forum für palästinensische Geschäftsfrauen hat der FPCCIA auch Geschäftsfrauen in Ramallah, Dschenin, Bethlehem und Hebron Unterstützung angeboten. Als ein Ergebnis profitierten 60 Prozent der weiblichen Mitglieder der Handelskammern von Bewusstseinsbildung und 30 Prozent von Beratungsdienstleistungen. Derzeit sind nahezu 3.000 registrierte Geschäftsfrauen Mitglied der Handelskammern im Westjordanland.

108. Die Handels- und Industriekammer von Gaza etablierte kürzlich ein Unternehmerinnenzentrum mit dem Ziel, das Unternehmertum von Frauen zu unterstützen und Unternehmerinnen bessere Vertretung zu bieten.

109. In Bezug auf die allgemeine Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten wurden manche Fortschritte erzielt. Die Birzeit-Universität etablierte eine Beobachtungsstelle für Gleichstellungsfragen mit dem Auftrag, Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung in der Universität zu messen und als ein Mechanismus zur Entgegennahme von Beschwerden zu fungieren. Der Prozess wird dokumentiert werden, um möglicherweise an anderen Universitäten repliziert zu werden. Zusätzlich finden bei zwei großen Unternehmen der Privatwirtschaft, der Bank von Palästina und der Birzeit Pharmaceutical Company partizipatorische Gleichstellungs-Audits statt. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass diese beiden Unternehmen letztlich zu einem Modell für die Geschlechtergleichstellung am Arbeitsplatz werden. Mit Unterstützung der IAO werden derzeit weitere Forschungsarbeiten zur Beurteilung des Status quo bei der Entgeltgleichheit durchgeführt. Die ersten Ergebnisse machen andauernde Formen von Diskriminierung in Bezug auf die Arbeitsbedingungen und das berufliche Fortkommen deutlich (IAA, demnächst erscheinend).

Der Wiederaufbau von Gaza

110. Die Einhaltung der Zusagen und Planungen, die auf der Konferenz in Kairo im Oktober 2014 gemacht wurden, war enttäuschend (UN, 2016). Die Nationale Einheitsregierung wurde für ihre Bemühungen gelobt, den nationalen Plan für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung in Gaza, eine umfassende Reaktion auf die Verheerung in Gaza, auf der Konferenz zu präsentieren. Trotz hoher anfänglicher Erwartungen in Bezug auf die zugesagten Gesamtbeträge haben die kollektiven Anstrengungen ihre Ziele verfehlt, denn es wurden nur etwa 1,4 Milliarden US-Dollar oder 40 Prozent der vereinbarten Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt (Weltbank, 2016b). Etwa 1,5 Milliarden US-Dollar der zugesagten Finanzierung müssen noch mobilisiert werden. Gegenüber der Detaillierten Bedarfsermittlung beläuft sich die Finanzierungslücke derzeit auf 3 Milliarden US-Dollar.

111. Nach dem Krieg von 2014 wurde der Wiederaufbaumechanismus für Gaza als temporäre Maßnahme etabliert, um die Einfuhr benötigter Baumaterialien nach Gaza zu ermöglichen. Bis April waren bei dem Mechanismus 807 große Bau- oder Infrastrukturprojekte registriert worden, 89 waren abgeschlossen, und 390 befanden sich noch in der Ausführung (GRM, 2016). Der Mechanismus hat die Wiederaufbaubemühungen erleichtert und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei, insbesondere in der Bauindustrie (UN, 2016). Die Mission stellte jedoch fest, dass Besorgnis über die Arbeitsbedingungen insgesamt und den Arbeitsschutz auf Baustellen besteht.

112. Inmitten eines stark beschränkten Wiederaufbauprozesses half die IAO im Lauf von 2015 bei der Durchführung eines kleinen Krisenprogramms zur wirtschaftlichen Erholung, um Verdienstmöglichkeiten für die am stärksten betroffenen Gemeinschaften einschließlich Familien und Personen zu schaffen, die Produktionsmittel oder Einkommensquellen verloren haben. Im Einzelnen arbeitete das Programm in den Bereichen Unterstützung von Sofortbeschäftigungsinitiativen in ausgewählten Sektoren; Verbesserung der Qualifikationen und der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Frauen und Männern und Personen mit Behinderungen entsprechend den Erfordernissen des Arbeitsmarkts; sowie Aufbau des Wissens und der Kapazität von Sozialpartnern und Akteuren vor Ort, um im Rahmen der Krisenreaktion und der wirtschaftlichen Erholung den Ansatz menschenwürdiger Arbeit zu fördern.

113. Trotz dieser Initiativen werden weiterhin nur langsam Fortschritte erzielt, die beschleunigt werden müssen, um den Grundbedarf der Menschen in Gaza zu decken. Die stark beschränkte Einfuhr von Baumaterialien, insbesondere Zement, beeinträchtigt nicht nur die Wiederaufbaubemühungen, sondern auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und letztlich die Lebensgrundlagen. Zugang zu Rohstoffen sowie Investitionen in die produktiven Sektoren von Gaza wie Landwirtschaft und Möbelproduktion sind wichtig, um die wirtschaftliche Aktivität wiederzubeleben und das Beschäftigungswachstum anzuregen.

5. Wenige Alternativen im besetzten syrischen Golan

114. Durch den anhaltenden Krieg in der Arabischen Republik Syrien sind zwei der Säulen, die die syrischen Einwohner des besetzten syrischen Golan stützten, weggebrochen. Erstens ist die Zahl der Studenten, die an der Universität von Damaskus von etwa 600 auf die letzten verbleibenden 18 zurückgegangen, die nach Abschluss ihres Studiums zurückkehren werden. Zweitens ist seit 2014 die Ausfuhr von Äpfeln, dem wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnis, in die Arabische Republik Syrien zum Erliegen gekommen. Boden- und Klimaverhältnisse sind für den Anbau von Äpfeln und Kirschen, die 90 Prozent der Agrarproduktion ausmachen, besonders gut geeignet.

115. Zwischen 2006 und 2013 wurde ungefähr ein Drittel der durchschnittlichen Jahresproduktion von 45.000 Tonnen Äpfeln in der Arabischen Republik Syrien vermarktet, und zwar zu Preisen, die deutlich über den beim Verkauf in Israel erzielten lagen. In der Saison 2015-16 wurden nur 30.000 Tonnen produziert, wovon gar nichts in die Arabische Republik Syrien transportiert wurde. Die syrischen Bauern erhielten zwischen 1,5 NIS und 2 NIS pro Kilogramm auf israelischen Märkten, während sich ihre Produktionskosten auf ungefähr 1,3 NIS pro Kilogramm belaufen. Die geringe Rentabilität hat zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Aktivität geführt. Gingen früher zwei Drittel der syrischen Einwohner des besetzten syrischen Golan agrarischen Aktivitäten nach, bestellt heute nur noch ein Drittel weiterhin sein Land. Die hohen Subventionen, die israelische Siedler von der Regierung Israels erhalten, bedeuten, dass sich eine schlechte Saison wie die letzte für sie nicht so negativ auf sie auswirkt.

116. Wegen der Beschränkungen des Zugangs zu Wasser und seines hohen Preises können die 24.500 syrischen Einwohner nicht mit den 20.500 israelischen Siedlern im besetzten syrischen Golan konkurrieren.¹³ Sie zahlen zwischen 4 NIS und 5 NIS pro Kubikmeter, während die Kosten für die Siedler 1,5 NIS betragen. Die Zuteilung für die syrischen Bauern beläuft sich auf 200 Kubikmeter pro Dunam, was bei Dürre verringert werden kann, während die Siedler mindestens 600 bis 800 Kubikmeter erhalten und in der Praxis so viel, wie sie benötigen. Viele syrische Bauern gehen der traditionellen landwirtschaftlichen Arbeit nur noch im Nebenerwerb nach.

117. Im Lauf der Jahre haben die syrischen Einwohner, die in Damaskus studierten, ein hohes Maß an Qualifikationen in den besetzten syrischen Golan gebracht. Absolventen von Medizinstudiengängen fanden im gesamten nördlichen Israel Arbeit und Einkommen. Sie müssen ihren Bildungsweg jetzt anderswo fortsetzen: auf Fachschulen in Israel oder an Universitäten in Europa. Letzteres erweist sich jedoch als zunehmend schwierig und teuer. Folglich besteht eine wachsende Tendenz, die Hochschulbildung aufzuschieben und stattdessen mit geringeren Qualifikationen direkt in den Arbeitsmarkt einzutreten. Es gibt wenige Optionen, und die meisten Arbeitnehmer wählen das Baugewerbe oder das Gastgewerbe. Die Einrichtung einer Industriezone wurde diskutiert, konkrete Pläne und Infrastruktur fehlen jedoch. Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Dörfer gibt es entweder in den Siedlungen oder als Pendler in Tel Aviv und den nördlichen Teilen Israels. In beiden Fällen können Arbeitnehmer Opfer ausbeuterischer Praktiken von Vermittlern werden.

118. Die Behörden beschlagnahmen weiterhin Land, entweder zu Sicherheitszwecken oder weil sie es als aufgegeben einstufen. Für die syrischen Einwohner ist der Landwerb auf die Flächen beschränkt, die für die natürliche Erweiterung innerhalb von

¹³ Einwohnerzahlen am 31. Dezember 2014 (CBS, 2015).

Gemeinden verfügbar sind. Die israelischen Behörden bieten jungverheirateten Paaren die Möglichkeit, das Land der Syrer zu pachten, die 1967 weggezogen sind. Die Bedingungen sind vorteilhaft: 13.000 US-Dollar für ein halbes Dunam mit 50-jähriger Laufzeit einschließlich Wasser, Strom und einer Baugenehmigung, während es 100.000 US-Dollar kostet, in den Dörfern ein gleich großes Stück Land ohne Anschluss an die Versorgung und Genehmigungen zu kaufen. Wer jedoch Land von den israelischen Behörden pachtet, erkennt implizit das Recht Israels an, darüber zu verfügen. Die syrischen Einwohner von Majdal Shams und den anderen Dörfern im besetzten syrischen Golan haben unter diesen Umständen vereinbart, kein Land zu pachten, das letztlich von seinen ursprünglichen Besitzern wieder Besitz genommen werden sollte. Die jüngere Generation hat bislang ebenfalls kein solches Land gepachtet, die Gemeinschaft ist sich jedoch nicht sicher, wie lange diese Position aufrechterhalten werden kann.

119. Die Bautätigkeit in Majdal Shams und den anderen Dörfern wird fortgesetzt, zum überwiegenden Teil ohne die erforderlichen Genehmigungen. Die Strafen für Bauen ohne Genehmigung sind hoch: Sie betragen 200 NIS bis 300 NIS pro Quadratmeter und verdoppeln so potenziell die Baukosten. Zusätzlich zu kumulativen Geldstrafen ordnen die Behörden Änderungen an dem, was gebaut wurde, oder den partiellen Abriss an. Der Hauptgrund dafür, dass syrische Einwohner keine Baugenehmigung erhalten, ist, dass sie gegenüber den israelischen Behörden den Grundbesitz nachweisen müssen, was häufig ein schwieriger Prozess ist.

120. Der Konflikt in der Arabischen Republik Syrien ist im besetzten syrischen Golan weiterhin akut zu spüren, wo er unaufhaltsam den Glauben an ein mögliches Ende von Besatzung und Annexion untergräbt. Die syrischen Einwohner haben eingeräumt, dass sie während der gesamten fünf Jahre des Konflikts jenseits der Trennlinie die gleiche Aufteilung in Fraktionen erlebt haben wie in ihrem Heimatland. Die Meinungsunterschiede werden jedoch als nicht so groß eingestuft, dass sie die Gemeinschaft spalten würden. Obwohl für viele junge Menschen die Beschäftigungschancen in der israelischen Wirtschaft liegen, haben wenige einen israelischen Pass beantragt. Israel versucht auch, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften zu fördern und hat seine Investitionen in der Region erhöht. Davon unbeeindruckt erklären die syrischen Einwohner, dass ihre Gemeinschaft angesichts der Besatzung geschlossen zusammensteht.

Abschließende Bemerkungen

121. Praktisch gesehen ist der Friedensprozess zum Stillstand gekommen. Es bedarf eines pragmatischen multilateralen Rahmens, um die Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung wiederzubeleben. Eine Fortsetzung des Friedensprozesses ist eine Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand, menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit für alle.

122. Aus der Besetzung und der Trennung resultierende Beschränkungen behindern die Aussichten auf Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung. Für die wirtschaftliche Aktivität und Beschäftigung der Palästinenser bedarf es der uneingeschränkten Nutzung von Land, Ressourcen und Einsatzmaterialien im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem. Das Haupthindernis hierfür besteht darin, dass das Gebiet C nicht entwickelt werden kann. Die Palästinenser brauchen ungehinderten Zugang zu Binnenmärkten und internationalen Märkten.

123. Die Zunahme von Gewalt und Vergeltungsmaßnahmen im Westjordanland hat die Härten palästinensischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschärft, deren Rechte weiter beschränkt und verletzt werden. Eine angespannte und volatile Situation muss durch gegenseitigen Respekt, Dialog und Kooperation entschärft werden.

124. Besserer Zugang für Palästinenser zu Arbeit in der israelischen Wirtschaft bietet im Westjordanland ein wenig Entlastung, ist jedoch kein Ersatz dafür, die Entwicklung der palästinensischen wirtschaftlichen Grundlagen zuzulassen. Arbeitsmöglichkeiten im israelischen Arbeitsmarkt, insbesondere in den Siedlungen, sind mit einem größer werdenden Risiko der Ausbeutung, des Missbrauchs durch Vermittler und von Verstößen grundlegender Rechte bei der Arbeit verbunden.

125. Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in Gaza erfolgten von einem sehr niedrigen Niveau aus und beruhen jetzt einzig auf dem Wiederaufbau. Es müssen Bedingungen für den Wiederaufbau der produktiven Sektoren geschaffen werden, die durch drei Kriege und acht Jahre der Belagerung dezimiert wurden. Damit beim Wiederaufbau von Gaza substanzielle Fortschritte erzielt werden können, ist die Überwindung der palästinensischen Spaltung durch Verhandlungen unerlässlich.

126. Die palästinensischen Institutionen und die Arbeitsmarktsteuerung werden weiter gestärkt. Das neue Gesetz über soziale Sicherheit sollte Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft Schutz bieten und die Beschäftigung in diesem Sektor fördern. Andere Initiativen wie diejenigen in Bezug auf die Arbeits- und Gewerkschaftsgesetze müssen weitergeführt werden. Für den Prozess der Staatsbildung muss das volle Potenzial der dreigliedrigen Zusammenarbeit ausgeschöpft werden. Des Weiteren sind Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen in signifikantem Umfang nur möglich, wenn Frauen besser in das Wirtschaftsleben einbezogen werden.

127. Die syrischen Einwohner des besetzten syrischen Golan sind ebenfalls von Beschränkungen betroffen, die aus der Besetzung resultieren, und die aktuelle Krise in der Arabischen Republik Syrien beschränkt ihre wirtschaftlichen und beschäftigungsbezogenen Möglichkeiten noch mehr.

Quellennachweis

- Al-Haq. 2013. *Water for One People Only: Discriminatory Access and „Water-Apartheid“ in the OPT.*
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, (OCHA) 2014. *Map of West Bank access restrictions*, Sept.
- . 2015a. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Dez.
- . 2015b. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Nov.
- . 2015c. *Humanitarian Bulletin: Monthly report*, Okt.
- . 2016a. *Gaza Crossings Activities Database*. Verfügbar unter www.ochaopt.org.
- . 2016b. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Febr.
- . 2016c. *Protection of civilians: Weekly highlights*, 29. März - 4. Apr.
- . 2016d. *Flash update: Multiple demolitions across Area C in the West Bank; 124 people displaced*, 8. Apr.
- . 2016e. *Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory*, Jan.
- Association for Civil Rights in Israel (ACRI). 2015. *East Jerusalem 2015: Facts and Figures*, 12. Mai.
- Büro des Quartetts (OQ). 2015. *Report for the Meeting of the Ad-Hoc Liaison Committee on Action in Support of Palestinian State-Building*, New York, 30. Sept.
- . 2016. *Report for the Meeting of the Ad-Hoc Liaison Committee*, Brüssel, 19. Apr.
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. 2015. *Employment Promotion in Contexts of Conflict, Fragility and Violence: Opportunities and Challenges for Peacebuilding*, Sept.
- Haaretz*. 2015a. „Israel renews building plans in hot-button E-1 near Ma’aleh Adumim settlement“, 28. Dez.
- . 2015b. „Only 7% of Jerusalem building permits go to Palestinian neighborhoods“, 7. Dez.
- . 2016. „Israel seizes large tracts of land in West Bank, report says“, 15. März.
- Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). 2012. *Gaza in 2020: A liveable place?*, Aug.
- Histadrut. 2015. *General Collective Agreement in the field of construction, infrastructure, heavy equipment, public works and renovations drafted and signed on the 29th of the month of June 2015 in Tel Aviv which came into force on the 1st of November 2015.*

- 2016. „Re: Regulating the rights of the Palestinian workers in the construction sector“, Schreiben an die Regierung von Israel, 6. März.
- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. „Legal consequences of the construction of a wall in the Occupied Palestinian Territory“ in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Gutachten, 9. Juli.
- Internationales Arbeitsamt (IAA) 2011. „Palestinian Fund for Employment and Social Protection revived by ILO-Palestinian Authority Agreement“, 10. Juni.
- The gender wage gap in the education sector in the Occupied Palestinian Territory – A qualitative study on facts and perceptions, demnächst erscheinend.
- Internationaler Währungsfonds (IWF) 2015. *World Economic Outlook Database*, Okt. Verfügbar unter www.imf.org.
- 2016. *West Bank and Gaza – Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Brüssel, 19. Apr.
- Israelischer Unternehmerverband (MAI). 2016. Präsentation über den israelischen Arbeitsmarkt und die palästinensischen Arbeitnehmer, Apr.
- Jütersonke, O., und Kobayashi, K. 2015. *Employment and Decent Work in Fragile Settings: A Compass to Orient the World of Work*, Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP), Graduate Institute of International and Development Studies, Nov.
- Konferenz der Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens (HVP). 2001. *Declaration*, 5. Dez.
- Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD). 2015. *The Besieged Palestinian Agricultural Sector*.
- Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel, 2016. Präsentation vor der IAO-Delegation, Apr.
- MachsomWatch. 2015. „*Invisible Prisoners*“ team – 2015, 29. Dez.
- Palästinensische Nationalbehörde (PNA). 2015. Ministry of Labor, General Directorate of Labor Inspection and Protection, *Annual Report 2015*.
- 2016. *Stopping Fiscal Leakages*, Apr.
- Palästinensischer Fonds für Beschäftigung und sozialen Schutz (PFESP). 2016. *More Employment, Brighter Future*.
- Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade). 2010. *Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, December 2009–January 2010*, März.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS) und Food Security Sector (FSS). 2015. *More than one fourth of households are food insecure in Palestine*, Summary of Preliminary Results of SEFSec 2013-2014, 8. Dez.
- 2016a. *Preliminary estimates of quarterly national accounts (Fourth quarter 2015)*, Pressebericht, März.
- 2016b. *Labour Force Survey (October–December, 2015) Round*, Pressebericht, 11. Febr.
- 2016c. *International Women’s Day 2016*, Pressebericht, 8. März.
- 2016d. *Palestinian Youth Survey, 2015 – Main Findings*, Febr.

-
- . 2016e. *Palestinian Consumer Price Index: Increase in the CPI during 2015 compared with the previous year*, 14. Jan.
- Peace Now. 2016. *No settlement freeze, especially not in isolated settlements: 2015 in the settlements*, Settlement Watch, Febr.
- State Comptroller of Israel. 2014. Ministry of the Interior, Population, Immigration and Border Authority, *The employment of Palestinian workers in the construction in Israel*, Annual Report 65/a.
- Statistisches Zentralamt (CBS). 2015. *Statistical Abstract of Israel 2015*.
- Vereinte Nationen (UN). 1980. Resolution 465 (1980), angenommen durch den Sicherheitsrat auf seiner 2.203. Tagung, Dokument S/RES/465, 1. März.
- . 2015a. *„One UN“ approach to spatial planning in „Area C“ of the occupied West Bank*, Sept.
- . 2015b. Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO). *Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, New York, 30. Sept.
- . 2016. UNSCO. *Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Brüssel, 19. Apr.
- Weltbank. 2011. *World Development Report 2011: Conflict, Security, and Development*.
- . 2015. *Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 30. Sept.
- . 2016a. *Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 19. Apr.
- . 2016b. *Reconstructing Gaza - Donor Pledges*. Verfügbar unter www.worldbank.org, eingesehen am 20. Apr.
- Wiederaufbaumechanismus für Gaza (GRM). 2016. Real-time information on the GRM. Heruntergeladen von <http://grm.report/#/Projects>, 20. Apr.
- Yesh Din. 2016. *From occupation to annexation: The silent adoption of the Levy report on retroactive authorization of illegal construction in the West Bank*, Positionspapier, Febr.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Büro des Premierministers

Rami Hamdallah, Premierminister

Bashar Jumaa, Stabschef

Arbeitsministerium

Mamoun Abu Shahla, Arbeitsminister

Naser Qatami, Stellvertretender Minister

Samer Salameh, Beigeordneter Assistent

Abdel Kareem Daraghme, Beigeordneter Assistent

Bilal Thawabeh, Generaldirektor für Arbeitsbeziehungen

Buthaina Salem, Generaldirektorin der Rechtsabteilung

Nazeh Irman, Leiter der Abteilung Grundsatzpolitik und Projekte

Rami Mehdawi, Generaldirektor für Beschäftigungsfragen

Ra'ed Abu Rouk, Berater des Ministers

Hani Shanti, Leiter der Stelle für öffentliche Beziehungen und Medien

Murad Harfoush, Direktor der Medienabteilung

Außenministerium

Omar Awadallah, Multilaterale Beziehungen, Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen

Majed Bamy, Direktor, Abteilung für internationale Verträge

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Minister, PECDAR, Mitglied des Zentralausschusses der Fateh und Gouverneur der Islamischen Entwicklungsbank für Palästina

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Suha Kanaan, Direktorin, Arbeitsstatistik

Jawad Al Saleh, Generaldirektor, Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Shehadah Deeb Hussein, Stellvertretender Gouverneur

Riyad Abu Shehadeh, Assistent des Gouverneurs für Finanzstabilität, Bankenaufseher

Mohammed Aref, Leiter der Unterabteilung Prognosen und Modelle, Abteilung Forschung und geldpolitische Maßnahmen

Palästinensische Rentenbehörde (PPA)

Ahmed Majdalani, Verwaltungsratsvorsitzender der PPA, Kommissarischer Vorsitzender des nationalen Teams für soziale Sicherheit, Mitglied des Exekutivausschusses der PLO und Vorsitzender der politischen Partei

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)/ Palästinensischer Legislativrat (PLC)

Nabil Shaath, Mitglied des Zentralausschusses der Fateh, Beauftragter für internationale Beziehungen, Mitglied des PLC

Hanan Ashrawi, Mitglied des Exekutivausschusses der PLO, Mitglied des PLC, Leiterin der Abteilung Kultur und Information der PLO

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen (NCWE)

Shantella Assi, Direktorin der Abteilung Entwicklung und allgemeine Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung, Arbeitsministerium

Abeer Al Barghouti, Direktorin der Abteilung Revision und Wirtschaftsprüfung, Arbeitsministerium

Jihad Jarayseh, Direktor der Gleichstellungsstelle, Wirtschaftsministerium

Nariman Awad, Generaldirektorin der Gleichstellungsstelle, Informationsministerium

Taghreed Kishek, Vorstandsmitglied, Forum für Frauenfragen

Khitam Saafin, Mitglied des Generalsekretariats, Allgemeine Union Palästinensischer Frauen

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Außenbeziehungen, Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Sami Shwail, Direktor für Planung, Ministerium für Frauenangelegenheiten

Ayman Abdul Majeed, Forscher, Birzeit-Universität

Luna Ereikat, Leiterin der Abteilung Interessenvertretung und Dokumentation, Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung

Arbeitnehmerverbände, Arbeitgeberverbände und andere Organisationen der Zivilgesellschaft

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Suheil Saliba Khader, Mitglied des Generalsekretariats, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen

Ayshe Hmouda, Leiterin der Gleichstellungsstelle

Mahmoud Abu Odeh, Mitglied des Exekutivausschusses, Leiter der Rechtsabteilung

Nasser Yonis, Mitglied des Generalsekretariats

Bayer Saeed Bayer, Mitglied des Generalsekretariats

Hussain Fuqaha, Mitglied des Generalsekretariats, Sekretär der Gewerkschaft für landwirtschaftliche und industrielle Nahrungsmittelproduktion

Ibrahim Thweib, Mitglied des Generalsekretariats, Leiter der Organisationseinheit

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Mohammad Sa'adi Hillis, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Holz- und Bauarbeitergewerkschaft

Tariq Al Hindi, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft

Bashir Al-Sesi, Mitglied des Generalsekretariats, Präsident der Allgemeinen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst

Salameh Abu Zeiter, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für Gesundheitsdienste

Wael Khalaf, Mitglied des Generalsekretariats

Zaki Khalil, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für die Textilindustrie

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Khalil Rizq, Vorstandsvorsitzender des FPCCIA, Präsident der Kammer von Ramallah

Jamal Jawabreh, Generalsekretär

Akram Hijazi, Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Ali Muhanna, Direktor der Abteilung Planung und KMU

Kammer von Süd-Hebron

Jalal Makharza, Vorstandsvorsitzender

Kammer von Bethlehem

Mageda Salsa'a, Mitglied des Vorstands der FPCCIA

Kammer von Nablus

Husam Abdelrahman Hijjawi, Vizepräsident, Mitglied des Vorstands der FPCCIA

Kammer von Ramallah

Iman Wadi, Mitglied des Vorstands der FPCCIA

Kammer von Jerusalem

Fadi Hidmi, Generaldirektor

Kammer von Gaza

Walid Al Hosary, Präsident

Bader Sabra, Stellvertretender Präsident

Mohammad Awad, Koordinator der Öffentlichkeitsarbeit

Ameen Al Moghni, Verwaltungsangestellter

Kammer von Khan Younis

Amer Al Najjar, Präsident

Loai Alaqqad, Schatzmeister

Kammer von Rafah

Abdel Kareem Abed Elal, Präsident

Haitham Abu Taha, Stellvertretender Präsident

Bassam Zanoun, Schatzmeister

Sami Fojo, Vorsitzender des Kontrollausschusses

Kammer von Nord-Gaza

Mohammad Mohammad Abu Wardah, Präsident

Imad Al Ghoul, Direktor

Baha' Al Amawi, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

Kammer von Mittel-Gaza

Abed Alsalam Elmassry, Stellvertretender Vorsitzender

Mohammad Eliyan Eltelbani, Präsident

Issa Abu Rabei, Direktor

Forum für palästinensische Geschäftsfrauen

Do'a Wadi, Geschäftsführende Direktorin

Palästinensisches Handelszentrum (PalTrade)

Hanan Taha-Rayyan, Direktorin

Gewerkschaft für die Metall- und Maschinenbauindustrie, Gaza

Fouad Al Samneh, Vorsitzender

Palästinensischer Bauunternehmerverband

Marwan Jom'a, Präsident, Westjordanland und Gaza

Mohammad Al Hussein, Geschäftsführer – Gaza

Hashem Skaik, Sekretär – Gaza

Palestine Development and Investment Company (PADICO)

Samir Hulileh, Geschäftsführer

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Al-Haq, Ramallah

Tahseen Elayyan, Leiter der Abteilung Revision und Dokumentation

Zahi Jaradat, Koordinator Feldforschung

Ashraf Abu Hayyeh, Rechtsanwalt

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Ammar Dwaik, Generaldirektor

Anan Quzmar, Beauftragter Internationale Beziehungen und Programmentwicklung

Aisheh Ahmad, Rechtsrechercheurin

Zentrum für Rechtsrecherche und Rechtsberatung für Frauen, Gaza

Zeinab El Ghunaimi, Direktorin

Al Athar Global Consulting Inc., Gaza

Reham Al Wehaidy, Geschäftsführende Partnerin

Vereinigung für Kultur und freies Denken, Gaza

Mariam Zakoot, Generaldirektorin

Zentrum für Frauenfragen, Gaza

Amal Syam, Direktorin

Vor-Ort-Besuch – Altstadt von Jerusalem

Omar Alsenjlawi, Geschäftsinhaber

Salah Al-Halhouli, Besitzer eines Bekleidungsgeschäfts

Saeed Al-Salhi, Ladenbesitzer

Alfred Ra'd, Besitzer eines Souvenirladens und Mitglied des Verband der Souvenirladenbesitzer

Jawad Abu Omar, Mitglied des Verbands der Souvenirladenbesitzer

Ghassan Abdeen, Besitzer eines Souvenirladens und Mitglieds des Verbands der Souvenirladenbesitzer

Ziad Hashemeh, Ladenbesitzer

Raed Saadeh, Jerusalem Tourism Cluster, Hotelbesitzer und Mitglied der Arab Hotel Association

Israelische Institutionen**Regierung Israels und andere öffentliche Institutionen****Wirtschaftsministerium**

Avner Amrani, Leitender Forschungsdirektor, Abteilung Arbeitsbeziehungen

Außenministerium

Daniel Meron, Büroleiter, Abteilung UN und internationale Organisationen

Zvi Tal, Direktor, Abteilung für internationale Organisationen, Sonderorganisationen und globale Angelegenheiten

Tania Berg-Rafaeli, Beraterin, Abteilung für internationale Organisationen, Sonderorganisationen und globale Angelegenheiten

Amir Weissbrod, Leiter des Büros Naher Osten, Zentrum für Politikforschung

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Verteidigungsministerium

Oberst Hatib Mansour, Leiter, Hauptabteilung Zivilkoordination

Oberstleutnant Yair Maman, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Oberstleutnant Yoav Bistrisky, Leiter der internationalen Abteilung

Einwohner- und Einwanderungsbehörde, Innenministerium

Shoshana Strauss, Leitende Stellvertreterin des Rechtsberaters

Arbeitnehmerverbände, Arbeitgeberverbände und andere Organisationen der Zivilgesellschaft**Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund**

Avraham Yehezkel, Vorsitzender, Abteilung für Organisation und Arbeitsbeiräte

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Itzhak Moyal, Vorsitzender, Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter

Israelischer Unternehmerverband

Uri Rubin, Vorsitzender, Arbeitsausschuss

Isaac Gurvich, Stellvertretender Generaldirektor und Finanzchef, Verband israelischer Bauunternehmer

Ofer Yohananof, Direktor, Abteilung Arbeitsrecht, Rechtsberater

Itai Nakash, Leiter Grundsatzpolitik, Abteilung für Außenhandel und internationale Beziehungen

Doron Kempfer, Abteilungsleiter Arbeit und Humanressourcen

MachsomWatch – Frauen gegen die Besatzung und für Menschenrechte

Sylvia Piterman, Ehrenamtliche

WAC-Maan – Beratungszentrum für Arbeitnehmer

Yoav Tamir, Zweigstellensekretär

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess

Robert Piper, Stellvertretender UN-Sonderkoordinator und Residierender/Humanitärer UN-Koordinator

Loris Elqura, Koordinatorin

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

David Carden, Leiter des Büros

Ray Dolphin, Rechercheur

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Bo Schack, Direktor, UNRWA-Operationen, Gaza

Lance Bartholomeusz, Kommissarischer Leiter, UNRWA-Operationen, Westjordanland

Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte Besetztes palästinensisches Gebiet (OHCHR)

James Heenan, Leiter des Büros

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Azzam Saleh Ayasa, Programmleiter

Internationaler Währungsfonds, Westjordanland und Gaza

Ragnar Gudmundsson, Residierender Vertreter für Westjordanland und Gaza

Weltbank, Landesbüro für Westjordanland und Gaza

Mark Ahern, Programmleiter für Steuerung und Arbeitsplätze

Besetzter syrischer Golan

Majd Kamal Kanj Abu Saleh, Rechtsanwalt

Salah Eldin Al Moghrabi, Präsident, Beir-Al-Hadid-Gesellschaft

Said Farhan Farhat, Leiter des Vermarktungsausschusses für Äpfel

Thaer Abu Saleh, Schulleiter

Kanj Sleiman Abu Saleh, Landwirt

Daniel Abu Saleh, Landwirt

Taiseer Maray, Generaldirektor der Organisation Golan – Für die Entwicklung der arabischen Dörfer und Vereinigung Al Maghariq

Sonstige Zusammenkünfte

Arabische Arbeitsorganisation

Faiez Al-Mutairi, Generaldirektor

Reda Qaysouma, Direktor, Hauptabteilung Personalentwicklung und Beschäftigung

Dina Hassan, Persönliche Assistentin des Generaldirektors